Jahresbericht 2009

Kontakt:
Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
D-49074 Osnabrück
Fon: +49.(0)541.600.35.42
Fax: +49.(0)541.600.79.039
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de

Wir danken allen Fotografen und Institutionen, die uns ihr Fotomaterial zur Verfügung gestellt haben.

© 2010 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF
Druck: Günter-Druck GmbH, Georgsmarienhütte
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2010

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
Sparkasse Osnabrück, Konto 1230, BLZ 265 501 05

Inhalt

Seite

Vorwort **4**

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung **6**

1. Die Förderung von Forschungsvorhaben 7
1.1. Die Förderung größerer Forschungsvorhaben 8
1.2. Reihe „Forschung DSF“ 15
1.3. Evaluierung der Forschungsprojektförderung 15
1.4. Förderung des „Friedensgutachten“ 16
1.5. Forschungsinitiativen der DSF 17
1.6. Die Förderung von Kleinprojekten 18
1.7. Förderung von Vernetzungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung 30
1.8. Zeitschriftenförderung 32
2. Struktur- und Nachwuchsförderung 33
2.1. Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ 33
2.2. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg 34
2.3. Promotionsförderung mit Betreuungssystem 34
2.4. Geistes- und sozialwissenschaftliche Studiengänge 35

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen **37**

1. Fachgespräch „Erhöhte menschenrechtliche Anforderungen an multilaterale Friedensmissionen“ mit der Christlich-Sozialen Union (CSU) in München 37
2. Fachsymposium zu „völkerrechtlichen Grundlagen und Problemfeldern für Friedensmissionen und Auslandseinsätze“ mit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag 39
3. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit 43

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung **44**

1. Stiftungsrat 44
2. Wissenschaftlicher Beirat 47
3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück 48
4. Die Schirmherrschaft 49

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht **50**

1. Bilanz 2009 51
2. Ertragsrechnung 2009 51

VI. Anhang **55**

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben 55
B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten 62

Vorwort

Im Jahresbericht 2009 stellt die Deutsche Stiftung Friedensforschung ihre Förderbereiche vor und gibt einen Einblick in ihre Struktur und Arbeitsweise. Der Bericht enthält zudem Informationen über Veranstaltungen und Ereignisse, die im zurückliegenden Jahr von Bedeutung waren.

Die DSF wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Sie ist eine kapitalgedeckte Stiftung bürgerlichen Rechts und hat ihren Sitz in der Friedensstadt Osnabrück. Als Einrichtung der Forschungsförderung unterstützt die Stiftung Vorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Durch eigene Initiativen gibt sie ferner Impulse zur Erschließung neuer Forschungsgebiete und zur nationalen und internationalen Vernetzung von Forschungsaktivitäten.

Die Aktivitäten der Stiftung untergliedern sich in drei zentrale Bereiche: Die Kernaufgabe besteht in der Förderung von Forschungsprojekten, die in einem breiten fach- und interdisziplinären Spektrum angesiedelt sein können. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, mit dem die Stiftung in den letzten Jahren die institutionellen Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland dauerhaft stärken konnte. Schließlich leistet die DSF einen aktiven Beitrag zur Vermittlung von Forschungsergebnissen in die politische Praxis und Öffentlichkeit.

Im Rahmen der Forschungsprojektförderung bewilligte die Stiftung im Jahr 2009 Fördermittel in einer Gesamthöhe von rund 700 Tsd. Euro. Hiervon entfielen 530 Tsd. Euro auf vier größere Forschungsvorhaben und 25 Tsd. Euro auf das Friedensgutachten, für zwölf Kleinprojekte wurden 134 Tsd. Euro und für zwei Vernetzungsprojekte 10 Tsd. Euro zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr fielen die Förderleistungen der Stiftung aufgrund der verschlechterten Ertragssituation deutlich geringer aus. Allerdings konnte die Stiftung bei der Strukturförderung einen großen Erfolg verbuchen. In Kooperation mit der Berghof Stiftung für Konfliktforschung ist es gelungen, die jahrelangen Vorbereitungen zur Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt zum Abschluss zu bringen. Hierdurch erhält die naturwissenschaftliche Friedensforschung neben der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg ein zweites Standbein an einer deutschen Universität. Die DSF bewilligte für diesen Zweck Fördermittel in Höhe von 250 Tsd. Euro.

Eine gute Resonanz erzielte die Stiftung auch durch ihre beiden Fachgespräche mit Fachpolitikern der im Deutschen Bundestag vertretenen politischen Parteien. Hierbei wurden aktuelle friedens- und sicherheitspolitische Themenstellungen aufgegriffen und die neuesten Befunde aus der Friedens- und Konfliktforschung vorgestellt. Das Fachgespräch mit der CSU in München im Januar 2009 befasste sich mit dem Thema „Erhöhte menschenrechtliche Anforderungen an multilaterale Friedensmissionen“, die Veranstaltung mit der SPD-Fraktion mit den „Völkerrechtlichen Grundlagen und Problemfeldern für Friedensmissionen und Auslandseinsätze“.

Im Jahr 2010 richtet die Stiftung gemeinsam mit zwei Kooperationspartnern ein internationales Symposium zum Thema „Religionen und Weltfrieden. Zum Friedens- und Konfliktlösungspotenzial von Religionsgemeinschaften“ (20.-23.10.2010) in Osnabrück aus, für das namhafte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem In- und Ausland gewonnen

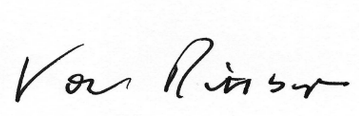
werden konnten. Das Vorhaben stellt den vorläufigen Höhepunkt einer Forschungsinitiative dar, die die DSF im Jahr 2005 mit dem Ziel einer stärkeren Aufmerksamkeit für das Thema ergriffen hatte. Wir sind dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sehr dankbar für die großzügige Förderung dieses öffentlichen Symposiums.

Ein weiteres wichtiges Ereignis im Jahr 2010 ist das zehnjährige Gründungsjubiläum der Stiftung. Aus diesem Anlass bereitet die DSF zunächst eine größere Veranstaltung in Berlin vor, der im Jahr 2011 ein internationales Symposium zur Friedens- und Konfliktforschung in Osnabrück folgen wird. Die Stiftung wird hierbei sowohl eine Bilanz ihrer bisherigen Aktivitäten ziehen als auch die künftigen Perspektiven der Friedensforschung und Friedenspolitik zur Diskussion stellen.

Ich schließe dieses Vorwort zum Jahresbericht 2009 mit einer persönlichen Anmerkung ab: Am 22. April 2010 habe ich mein Amt als Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung, das ich vor fast sieben Jahren übernommen hatte, zur Verfügung gestellt. Die Aufgabe hat mir viel Freude bereitet und ich hätte sie gerne bis zum Auslaufen meines Stiftungsratsmandats fortgeführt. Schwerwiegende gesundheitliche Gründe zwingen mich jedoch dazu, vorzeitig von meinem Amt zurückzutreten.

Ich bedanke mich an dieser Stelle sehr herzlich bei allen, die die Arbeit der Stiftung und meine Tätigkeit als Stiftungsvorsitzender in den zurückliegenden Jahren nach Kräften unterstützt haben. Hervorheben möchte ich die zahlreichen Gutachter und Gutachterinnen, die der Stiftung ihre Zeit ehrenamtlich zur Verfügung gestellt haben. Hierzu zählen auch die vielen Kooperationspartner der Stiftung, die die Veranstaltungen der DSF organisatorisch oder mit fachlicher Expertise zum Erfolg geführt haben. Mein Dank richtet sich vor allem an die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands sowie an die aktiven und ehemaligen Mitglieder des Stiftungsrats und des Wissenschaftlichen Beirats für die stets konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit. Auch der Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück bin ich zu großem Dank verpflichtet.

Ich wünsche meinem Nachfolger im Amt des Stiftungsvorsitzenden, Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), den bestmöglichen Erfolg bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Ich verbinde diesen Wunsch auch mit der Hoffnung, dass die Stiftung ihre wichtige Arbeit künftig auf der Grundlage einer verbesserten finanziellen Ausstattung fortführen kann. Angesichts der großen friedenspolitischen Herausforderungen wäre dies mehr als wünschenswert.



Prof. Dr. Volker Rittberger
Vorsitzender der DSF

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung erfüllt ihren Stiftungszweck insbesondere durch die Förderprogramme. Die Kernaufgabe der Stiftung besteht in der Forschungsprojektförderung, mit der die DSF wissenschaftliche Untersuchungen und Veranstaltungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung finanziell unterstützt. Auf eine Ausschreibung thematischer Schwerpunktförderprogramme hat die Stiftung bislang verzichtet, da hierfür keine hinreichenden Fördermittel vorhanden sind. Des Weiteren gehören die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und eine Stärkung der strukturellen Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung zu den zentralen Zielsetzungen der Stiftung.

Über ihre fördernden Aufgaben hinaus hat die DSF auch eine initiierende Funktion, indem sie durch eigene Impulse dazu beiträgt, neue Forschungsthemen für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen. Hierzu richtet die Stiftung nationale und internationale Konferenzen aus und versucht, bereits vorhandene Forschungsinteressen und -erfahrungen zusammenzuführen. In den vergangenen Jahren widmete die DSF vor allem der Rolle von Religionen in Konflikten und Friedensprozessen sowie den möglichen Auswirkungen des globalen Klimawandels auf das Konfliktgeschehen besondere Aufmerksamkeit.

Die Förderpraxis der DSF orientiert sich an den Leitlinien der Forschungsförderung, die im Jahr 2000 unter dem Titel „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“ durch eine in der Gründungsphase der Stiftung berufene Struktur- und Findungskommission ausgearbeitet worden waren. Die Leitlinien definieren die folgenden drei zentralen Themenbereiche:

- Die Dynamik gefährlicher Konflikte
- Die Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte
- Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte

Nachdem die Stiftung im Herbst 2008 erstmalig die Forschungsprojektförderung einer Evaluierung unterzogen hatte, leitete sie einen stiftungsinternen Prüfprozess ein, ob die in den Leitlinien aufgeführten Schwerpunktthemen noch hinreichende Aktualität besitzen oder ob sie gegebenenfalls überarbeitet werden müssen. Die Diskussion hierüber ist noch nicht abgeschlossen.

In den „Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung“ legte der Stiftungsrat die Förderkonditionen sowie die Bewertungskriterien für eingereichte Forschungsvorhaben fest. Wichtige Maßstäbe sind vor allem die wissenschaftliche Qualität und Originalität der Vorhaben. Darüber hinaus werden Überlegungen zum geplanten Ergebnistransfer in die politische Praxis und Öffentlichkeit sowie strukturelle Faktoren wie z. B. die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die internationale Zusammenarbeit in die Gesamtbeurteilung einbezogen. Für die Antragstellung stehen verschiedene Leitfäden zur Verfügung, die Hinweise zur sinnvollen Gestaltung der Anträge auf Projektförderung geben.

Seit der Aufnahme der Fördertätigkeit im August 2001 nahm die DSF insgesamt 50 größere Forschungsvorhaben in die Förderung auf.[1] Die hierfür aufgewendeten Fördermittel belaufen sich auf eine Gesamthöhe von 6,41 Mio. Euro. Bis Ende 2009 wurden insgesamt 39 Forschungsprojekte abgeschlossen.

Neben größeren Forschungsvorhaben fördert die Stiftung auch so genannte Kleinprojekte. Seit der Stiftungsgründung erhielten aus diesem Fördertopf knapp 120 Kleinprojekte in

1 Eine Übersicht aller bisher abgeschlossenen Projekte findet sich auf der Website der DSF www.bundesstiftung-friedensforschung.de unter „Archiv“.

Form von kleineren Forschungsvorhaben oder Pilotstudien, Tagungen, Publikationen und Fachzeitschriften eine finanzielle Unterstützung. Das Gesamtvolumen dieser Förderleistungen addiert sich bis Ende 2009 auf rund 932 Tsd. Euro. Die Förderung von Kleinprojekten erwies sich nicht zuletzt als ein wichtiges Instrument, um den innerwissenschaftlichen Austausch sowie die interdisziplinäre und internationale Zusammenarbeit im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen. Darüber hinaus konnte durch die verstärkte Einbindung einschlägiger Akteure auch der Dialog zwischen der Wissenschaft und der politischen Praxis befördert werden.

Zusätzlich zur Kleinprojektförderung richtete die Stiftung im Jahr 2008 ein Förderangebot für Vernetzungsprojekte ein. Die Förderleistungen in diesem Segment belaufen sich bislang auf rund 19 Tsd. Euro.

Die im Rahmen der Groß- und Kleinprojektförderung unterstützten Vorhaben lassen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, folgenden Themenschwerpunkten zuordnen:

- Friedensvölkerrecht und internationale Organisationen
- Gewalt- und Krisenprävention
- Intervention in Gewaltkonflikte
- Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Friedenspädagogik
- Historische Friedensforschung

Im Rahmen der Projektförderung unterstützt die Stiftung ferner das jährlich erscheinende „Friedensgutachten“, das von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten herausgegeben wird. Diese Förderleistungen in Höhe von 125 Tsd. Euro erstrecken sich über einen fünfjährigen Zeitraum von 2007 bis 2011.

Der nachhaltigen strukturellen Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung ist eine zweite Förderlinie der DSF gewidmet. Unmittelbar nach Gründung der Stiftung beschloss der Stiftungsrat ein Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, wofür ein begrenzter Verzehr des Stiftungsvermögens in Höhe von fünf Mio. Euro in Kauf genommen wurde. Die Vergabe der Fördermittel zur Unterstützung von Masterstudiengängen, einer strukturierten Promotionsförderung sowie einer Stiftungsprofessur für naturwissenschaftliche Friedensforschung wurde bereits in den Jahren 2002 bis 2004 abgeschlossen. Eine Ausnahme bildet die Georg Zundel-Stiftungsprofessur an der TU Darmstadt, die zusätzlich zum „Programm“ der Stiftung erst im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommen wurde. Die Förderleistungen für die einzelnen Programmbausteine sind mittlerweile ausgelaufen oder stehen unmittelbar vor Ihrem Ende. Die Studiengänge und Stiftungsprofessuren werden nach dem Abschluss der Initiativförderung durch die DSF in vollem Umfang durch die begünstigten Universitäten weiter finanziert.

1. Die Förderung von Forschungsvorhaben

Die Forschungsprojektförderung der Stiftung untergliedert sich in drei unterschiedliche Segmente, für die jeweils eigene Verfahren und Förderkonditionen festgelegt wurden:

- Größere Forschungsvorhaben haben eine Laufzeit von bis zu 24 Monaten. Anträge auf Projektförderung können zweimal jährlich, zum 1. Juni und 1. Dezember, bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. Gefördert werden aus diesen Mitteln

vorzugsweise Forschungsvorhaben, in Einzelfällen auch größere Konferenzprojekte. Für die fachliche Bewertung der Forschungsvorhaben holt die Stiftung mindestens zwei unabhängige Fachgutachten ein. Bei Eigenanträgen aus dem Kreis der im Stiftungsrat vertretenen Institutionen oder Personen ist ein obligatorisches Drittgutachten durch den zuständigen Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorgesehen. Die Gutachten bilden die Grundlage für die Bewilligungsentscheidungen des Stiftungsrats der DSF.

- Als Kleinprojekte bezeichnet die DSF wissenschaftliche Vorhaben, die auf einen Förderhöchstbetrag von 20 Tsd. Euro begrenzt sind. Gefördert werden aus diesem Budget sowohl kleine Forschungsvorhaben und Pilotstudien, die der Erschließung eines neuen Forschungsfeldes dienen, als auch Tagungen und wissenschaftliche Kolloquien sowie – in begrenztem Umfang – wissenschaftliche Veröffentlichungen. Die Antragstellung ist nicht an feste Termine gebunden. Ein angemessener zeitlicher Vorlauf zum vorgesehenen Durchführungszeitraum ist jedoch erforderlich. Für die fachliche Beurteilung der eingereichten Anträge wird in der Regel ein externes Fachgutachten eingeholt. Die Bewilligung der Anträge auf Förderung von Kleinprojekten fällt in die Zuständigkeit des Geschäftsführenden Vorstands der DSF.
- Aus dem Budget für Kleinprojekte fördert die Stiftung zudem Fachzeitschriften. Hierdurch will die Stiftung einen Beitrag sowohl zur nachhaltigen Strukturförderung als auch zur Unterstützung der Fachkultur im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung leisten. Für einen zweijährigen Förderzeitraum können Anträge mit einem Volumen von bis zu 10 Tsd. Euro (max. 5 Tsd. Euro pro Jahr) bei der Stiftung eingereicht werden. Auch die Förderung von einzelnen Themenheften ist grundsätzlich möglich. Für die Antragstellung steht ein gesonderter Leitfaden zur Verfügung.
- Seit 2008 fördert die Stiftung ferner Vernetzungsprojekte im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Hierfür steht jährlich ein Gesamtbudget von 10 Tsd. Euro zur Verfügung. Unterstützt werden vor allem wissenschaftliche Netzwerke, die nicht an eine etablierte Forschungseinrichtung angebunden sind.

Im Rahmen der Groß- und Kleinprojektförderung fördert die Stiftung auch internationale Kooperationsprojekte der Friedens- und Konfliktforschung. Voraussetzung hierfür ist die Beteiligung einer deutschen Partnerinstitution, über die die finanzielle Abwicklung des Projektes erfolgt. Sofern das Vorhaben im Ausland stattfindet, können vorzugsweise die anteiligen Projektkosten der inländischen Einrichtung übernommen werden.

1.1. Die Förderung größerer Forschungsvorhaben

Das Förderbudget für größere Forschungsvorhaben belief sich im Jahr 2009 auf 600 Tsd. Euro und war damit im Vergleich zum Vorjahr (810 Tsd. €) deutlich niedriger. Im Rahmen der Budgetvorgabe nahm die Stiftung im Berichtsjahr insgesamt vier Forschungsvorhaben in die Förderung auf. Die Förderquote lag somit bei 30 Prozent. Die bewilligten Fördermittel beliefen sich auf eine Gesamthöhe von rund 530 Tsd. Euro.

Zum 1. Juni 2008 gingen bei der Geschäftsstelle acht neue Anträge auf Projektförderung mit einem Volumen von 1,03 Mio. Euro ein. Nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens konnten Fördermittel für folgende drei Vorhaben bewilligt werden:

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben Antragstermin: Juni 2008	
Global Economic Costs of Conflict (GECC) Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Juni 2009 bis Mai 2011 Fördersumme: 149.400 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Tilman Brück** Abteilung Weltwirtschaft, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Mit der Förderung des Forschungsvorhabens *Global Economic Costs of Conflict* konnte die Stiftung erstmals eine Untersuchung aus dem Bereich der Ökonomie in die Förderung aufnehmen. Prof. Dr. Tilman Brück und sein Projektteam widmen sich der Frage, wie hoch die volkswirtschaftlichen Kosten von Gewaltkonflikten weltweit anzusetzen sind. Die Perspektive ist hierbei nicht nur auf den zahlenmäßigen Niederschlag der Konfliktkosten im Bruttoinlandsprodukt gerichtet, sondern auch auf die Auswirkungen z. B. im Bereich der Bildung und der Investitionen. Ferner bezieht das Vorhaben die wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewaltkonflikten auf die Nachbarstaaten ein. Eine wesentliche Zielsetzung besteht darin, auf der Grundlage der erhobenen Daten die mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Kosten von Gewaltkonflikten zu ermitteln. Die Befunde des Forschungsvorhabens sollen dazu beitragen, die Debatte über die Notwendigkeit einer frühzeitigen Präventionspolitik und über die Bedeutung einer langfristig angelegten Wiederaufbaustrategie mit ökonomischen Daten zu unterlegen. Das Vorhaben leistet Beiträge zu den Förderschwerpunkten Konfliktprävention und -intervention.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben Antragstermin: Juni 2008	
Feldevaluation friedensbauender Bildungsprojekte Forschungsprojekt Laufzeit: 18 Monate März 2009 bis August 2010 Fördersumme: 119.376 Euro	Projektleiter: **Prof. em. Dr. Volker Lenhart** Institut für Bildungswissenschaft, Universität Heidelberg ProjektbearbeiterIn: Dr. Alamara Karimi-Abadei Tobias Schäfer M.A.

Das Forschungsvorhaben von Prof. Dr. Volker Lenhart über die „Feldevaluation von friedensbauenden Bildungsprojekten“ schließt unmittelbar an ein Vorläuferprojekt an, das die

DSF in den Jahren 2006 bis 2008 gefördert hatte.[2] Die Untersuchung betritt forschungspolitisches Neuland, da bislang noch keine systematische Evaluierung der Wirksamkeit friedensbauender Bildungsmaßnahmen vorliegt.

Mit Hilfe lokaler Kooperationspartner werden Daten zu einschlägigen Projekten in zehn Konfliktländern erhoben. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Konfliktypen werden sowohl Vorhaben in Schulen als auch im Bereich der nonformalen Bildung sowie kombinierte Projekte analysiert. Das Projektteam erwartet, dass auf der Grundlage der Forschungsergebnisse Aussagen darüber getroffen werden können, unter welchen Bedingungen friedensbauende Bildungsmaßnahmen erfolgreich sein können. Die Befunde sollen auch den regionalen Kooperationspartnern zur Verfügung gestellt werden. Das Forschungsvorhaben zählt zum Förderschwerpunkt Friedenspädagogik.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben Antragstermin: Juni 2008	
Unbemannte bewaffnete Systeme – Trends, Gefahren und präventive Rüstungskontrolle Forschungsprojekt Laufzeit: 22 Monate April 2009 bis Januar 2011 Fördersumme: 117.157 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Dieter Suter** Experimentelle Physik III, TU Dortmund Projektbearbeiter: Dr. Jürgen Altmann

Unbemannte bewaffnete Systeme haben in den letzten Jahren nicht nur in der rüstungstechnologischen Forschung und Entwicklung, sondern auch in militärischen Einsätzen erheblich an Bedeutung gewonnen. Das von Prof. Dr. Dieter Suter geleitete und von Dr. Jürgen Altmann bearbeitete Forschungsvorhaben setzt seinen Schwerpunkt auf unbemannte Luftfahrzeuge, wo die Entwicklung im Vergleich zu land- und seegestützten Vehikeln am weitesten fortgeschritten ist. Die ferngesteuerten Systeme werden in steigender Zahl bereits zu Aufklärungszwecken und für militärische Kampfeinsätze eingesetzt. Die Untersuchung richtet sich zum einen auf den Stand der technischen Entwicklung von unbemannten Luftfahrzeugen in verschiedenen Staaten, zum anderen auf die künftig zu erwartenden technischen Leistungspotenziale und auf erweiterte militärische Einsatzoptionen. Aufbauend auf dieser Analyse der rüstungstechnologischen Entwicklungsprozesse werden die Gefahren und Risiken eines vermehrten Einsatzes von unbemannten Luftfahrzeugen abgeschätzt. Hierzu zählen sowohl Probleme der Proliferation einschlägiger Technologien, des *Dual Use* bei zivilen Produkten als auch völkerrechtliche und ethische Fragen. Die Forschungsarbeiten sollen dazu beitragen, Vorschläge für Begrenzungen und Verifikationsinstrumente im Sinne einer präventiven Rüstungskontrolle abzuleiten. Das Vorhaben ist dem Förderschwerpunkt „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ der Stiftung zuzuordnen.

2 Friedensbauende Bildungsmaßmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten, durchgeführt am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Heidelberg, Februar 2006 bis März 2008.

Zum zweiten für das Berichtsjahr relevanten Antragstermin gingen bei der Stiftung fünf Anträge auf Projektförderung mit einem Gesamtvolumen von 623 Tsd. Euro ein. Hiervon wurde ein Forschungsvorhaben in die Förderung aufgenommen:

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben Antragstermin: Dezember 2008	
Verantwortung und Vertrauen als komplementäre Formen gesellschaftlicher Friedensstiftung Forschungsprojekt Laufzeit: 21 Monate April 2010 bis Dezember 2011 Fördersumme: 143.380 Euro	Projektleiter: **PD Dr. Alfred Hirsch** Institut für Philosophie, Universität Flensburg

Das Forschungsvorhaben geht von der Feststellung aus, dass das Thema Frieden bislang nicht zum Gegenstand eines intensiven zeitgenössischen philosophischen Nachdenkens geworden ist. Insbesondere die neueren Entwicklungen in der Philosophie, so der Projektleiter PD Dr. Alfred Hirsch, machten ein neues Denken des Friedens erforderlich, das die Pluralität und Sozialität des Menschen berücksichtigt. Die miteinander verschränkten Begriffe des Vertrauens und der Verantwortung sollen Zugänge für eine Analyse eröffnen, die der Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen und der gesellschaftlichen Lebenswelt eine konstitutive Rolle für die Bildung einer friedfertigen Ordnung zuweist. Über die innergesellschaftlichen Beziehungen hinaus entfalten die Begriffe des Vertrauens und der Verantwortung eine grundlegende Bedeutung für zwischenstaatliche und globale Strukturen. Das Vorhaben will aus diesen Überlegungen heraus die Möglichkeiten für eine Verstetigung und Manifestierung von Friedenskräften in Staat und Recht aufzeigen. Hierfür soll insbesondere an dialog- und kommunikationsphilosophische Traditionen angeknüpft werden, um neue Denkhorizonte zur Normativität des Friedens als Aufgabe eröffnen zu können. Das Forschungsvorhaben lässt sich keinem der Förderschwerpunkte der Stiftung unmittelbar zuordnen.

Im Berichtsjahr traf der Stiftungsrat auf seiner Sitzung vom 3. Dezember 2009 zudem Förderentscheidungen über die zum 1. Juni 2009 eingereichten fünf Anträge auf Projektförderung. Er stellte für zwei Forschungsvorhaben eine Bewilligung von Fördermitteln in Aussicht. Die Förderung wird dem Berichtsjahr 2010 zugeordnet.

Im Jahr 2009 laufende und abgeschlossene Forschungsvorhaben

In Ergänzung zu den neu in die Förderung aufgenommen Forschungsvorhaben unterstützte die Stiftung im Jahr 2009 folgende in den Vorjahren bewilligte Projekte:[3]

Thema	ProjektleiterIn/Institution	Laufzeit
Entschuldigung und Versöhnung in der internationalen Politik	**Prof. Dr. Christopher Daase**[4] Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München	April 2008 bis März 2010
Zwischen Kontrolle und Kooperation – Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen	**Prof. Dr. Götz Neuneck** Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)	August 2008 bis Juni 2011
Religion und Bürgerkrieg: zur Ambivalenz religiöser Faktoren im subsaharischen Afrika	**Dr. Matthias Basedau** GIGA – Institut für Afrika-Studien, Hamburg	Dezember 2008 bis November 2010
Bedrohung auf der (Medien-) Agenda – Krisenkommunikation im Nachrichtenprozess	**Prof. Dr. Georg Ruhrmann** Institut für Kommunikationswissenschaft, Universität Jena **Prof. Dr. Michaela Maier** Institut für Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik, Universität Koblenz-Landau	Oktober 2008 bis November 2010

3 Über 24 Monate hinausgehende Förderzeiträume sind auf kostenneutrale Laufzeitenverlängerungen durch die DSF zurückzuführen.

4 Prof. Dr. Christopher Daase wechselte nach der Bewilligung des Projektes an die Universität Frankfurt a.M. Das Forschungsvorhaben ist jedoch an der LMU verankert.

Thema	ProjektleiterIn/Institution	Laufzeit
Nicht-staatliches Konfliktmanagement. Möglichkeiten und Grenzen von Nichtregierungsorganisationen im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren	**Prof. Dr. Ulrich Schneckener** Fachbereich 1, Universität Osnabrück[5]	August 2008 bis Oktober 2010
‚Coping with Spoilers from Within': Die Obstruktion von Friedensoperationen durch politisierte Bürokratien	**Prof. Dr. Wolfgang Seibel, Julian Junk** Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz	September 2009 bis August 2011
Strategie, Anarchie oder fehlendes Engagement? Zur Logik von einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen	**Prof. Dr. Gerald Schneider, Dr. Margit Bussmann** Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz	November 2007 bis März 2010

Im Jahr 2009 kam die Förderung der folgenden sechs Forschungsvorhaben zum Abschluss:[6]

- **Learning to Build Peace? The United Nations, Peacebuilding and Organizational Learning**
  Projektleiter: Dr. Wolfgang Reinicke, Global Public Policy Institute (GPPI), Berlin
  Laufzeit: Februar 2007 bis Januar 2009

- **Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland**
  Projektleiter: Prof. Dr. Wolfgang Frindte, Institut für Kommunikationswissenschaft, Universität Jena
  Laufzeit: August 2007 bis November 2009

5 Das Forschungsvorhaben wurde nach dem Wechsel des Projektleiters auf eine Professur für Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Osnabrück von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, transferiert.

6 Über 24 Monate hinausgehende Förderzeiträume sind auf kostenneutrale Laufzeitenverlängerungen durch die DSF zurückzuführen.

- **Parliamentary Control of the Armed Forces. A Comparative Study of Indonesia and Nigeria**
  Projektleiter: Prof. Dr. Jürgen Rüland, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg
  Laufzeit: November 2007 bis Oktober 2009

- **Tourism, Peace and Conflict. How Far Does Self-Interest Carry?**
  Projektleiter: Dr. Markus Raueiser, Cologne Business School, in Kooperation mit Prof. Dr. Laurent Goetschel, swisspeace, Bern
  Laufzeit: Februar 2008 bis Februar 2009

- **Ansätze, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen von Local Ownership in Peacebuilding-Prozessen in Failed States. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Friedenseinsätze im Kosovo (UNMIK) und in Liberia (UNMIL)**
  Projektleiter: Dr. Winrich Kühne, Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin
  Laufzeit: Januar 2007 bis September 2009

- **Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen in westlichen Demokratien**
  Projektleiter: Dr. Wolfgang Wagner,[7] Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M.
  Laufzeit: Juni 2007 bis September 2009

Die Stiftung erhält zu allen abgeschlossenen Forschungsvorhaben eine zusammenfassende Ergebnisdarstellung. Hinweise zu bereits publizierten Forschungsberichten gibt die Internetseite der Stiftung.[8]

7 Der Projektleiter Dr. Wolfgang Wagner wechselte im August 2007 an die Freie Universität Amsterdam. Das Forschungsvorhaben ist jedoch an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung verankert.

8 <http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/publikationen/forschung.html>.

1.2. Reihe „Forschung DSF“

In der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“ werden zusammenfassende Ergebnisberichte aus den geförderten Forschungsvorhaben (Groß- und Kleinprojekte) veröffentlicht. Nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens konnten im Jahr 2009 folgende Forschungsberichte veröffentlicht werden:

- **Matthias Basedau/Peter Körner**: Zur ambivalenten Rolle von Religion in afrikanischen Gewaltkonflikten. Osnabrück 2009 (Heft 18).
- **Wolfgang Liebert/Matthias Englert/ Christoph Pistner**: Kernwaffenrelevante Materialien und Präventive Rüstungskontrolle: Uranfreie Brennstoffe zur Plutoniumbeseitigung und Spallationsneutronenquellen. Osnabrück 2009 (Heft 20).
- **Andreas Heinemann-Grüder**: Föderalismus als Konfliktregelung. Osnabrück 2009 (Heft 21).
- **Matthias Dembinski/Andreas Hasenclever/ Katja Freistein/Britta Weiffen/Makiko Yamauchi**: Managing Rivalries – Regional Security Institutions and Democracy in Western Europe, South America, Southeast Asia and East Asia. Osnabrück 2009 (Heft 22).

Die Forschungsberichte werden in gedruckter Fassung veröffentlicht und stehen zudem als Download auf der Internetseite der Stiftung zur Verfügung.[9]

1.3. Evaluierung der Forschungsprojektförderung

Nachdem die Evaluierungskommission zur Forschungsprojektförderung im September 2008 ihre Ergebnisse vorgelegt hatte,[10] setzte sich der Stiftungsrat auf seiner Sitzung am 7. Mai 2009 mit ihren Empfehlungen auseinander. Die Stiftungsratsmitglieder waren sich darin einig, dass die Kommission eine hervorragende Arbeit geleistet hat. Eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Förderbedingungen wurde unmittelbar angenommen. Für die grundlegenden Fragen zur künftigen Gestaltung der Förderkriterien, insbesondere zu Fragen der inter- und multidisziplinären Forschung sowie zur Praxisrelevanz und ihrer Bewertung im Rahmen des Begutachtungsverfahrens beschloss der Stiftungsrat, eine Kommission einzurichten. Ihr gehören die Stiftungsratsmitglieder Prof. Dr. Michael Brzoska und Prof. Dr. Christopher Daase sowie die Beiratsmitglieder Prof. Dr. Mathias Bös und Dr. Cornelia Ulbert an. Die Ergebnisse der Kommission werden voraussichtlich 2010 vorliegen.

9 <www.bundesstiftung-friedensforschung.de/publikationen/forschung.html>.
10 Siehe Jahresbericht 2008, S. 17.

1.4. Förderung „Friedensgutachten“

Das jährlich erscheinende „Friedensgutachten“, das gemeinsam von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten – BICC, FEST, HSFK, IFSH und INEF – herausgegeben wird, analysiert die aktuellen internationalen Konfliktdynamiken und friedenspolitischen Entwicklungen aus einer friedenswissenschaftlichen Perspektive und leitet hieraus Empfehlungen für die deutsche und europäische Friedens- und Sicherheitspolitik ab. Die Analysen und politischen Handlungsvorschläge finden regelmäßig ein großes mediales Echo.[11]

Die Stiftung fördert das „Friedensgutachten“ über einen Zeitraum von fünf Jahren (2007 bis 2011) und stellt hierfür Fördermittel in einer Gesamthöhe von 125 Tsd. Euro zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund andauernder Gewaltkonflikte widmet sich das „Friedensgutachten 2009“ dem Schwerpunktthema „Wie beenden wir Kriege?“. Hierbei handle es sich, so die Herausgeber, in der Regel um innergesellschaftliche Konflikte, die sich einer militärischen Lösung weitgehend entzögen. Die Aufgabe bestehe vielmehr darin, den (Wieder-) Aufbau von staatlichen, halbstaatlichen und gesellschaftlichen Governance-Strukturen zu forcieren, um Sicherheit und eine legitime Staatlichkeit herzustellen, auf deren Grundlage das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden könne. Darüber hinaus müsse es Sicherheitsgarantien für alle Konfliktparteien geben, um diese zur dauerhaften Einstellung des gewaltsamen Vorgehens zu bewegen. Am Beispiel mehrerer Fallstudien zu akuten Krisenherden werden die Handlungsoptionen für friedenspolitische Schritte diskutiert.

In weiteren Kapiteln befasst sich das „Friedensgutachten“ mit der „Transatlantischen Agenda nach Bush“ und analysiert die Erfahrungen mit den im letzen Jahrzehnt eingerichteten Instrumenten der „Zivilen Konfliktbearbeitung“.

Die Stellungnahme der Herausgeber und die Zusammenfassungen der Einzelbeiträge liegen nun auch in englischer Übersetzung vor, um die englischsprachige Öffentlichkeit zu erreichen. Die übersetzten Texte sind über die Internetseite des „Friedensgutachten“ erhältlich.

Das „Friedensgutachten 2009“ wurde federführend durch das Institut für Frieden und Entwicklung (INEF) an der Universität Duisburg-Essen betreut. Am 26. Mai 2009 präsentierten die Herausgeber ihre Analysen und Empfehlungen den Medien in der Bundespressekonferenz in Berlin. Außerdem wurde das „Friedensgutachten“ in Gremien und Arbeitsgruppen des Deutschen Bundestages sowie im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgestellt. Die Kooperationsveranstaltung mit dem *International Security Information Service* in Brüssel eröffnete zudem die Möglichkeit, das „Friedensgutachten“ einem internationalen Fachpublikum bekannt zu machen.

Ein breiteres Publikum erreichten die Herausgeber zudem durch öffentliche Tagungen und Diskussionsveranstaltungen zum „Friedensgutachten 2009“.

11 Weitere Informationen unter <www.friedensgutachten.de>.

1.5. Forschungsinitiativen der DSF

In den zurückliegenden Jahren ergriff die Stiftung in Kooperation mit Partnerinstitutionen die Initiative, Impulse zur Erschließung neuer Forschungsgebiete für die Friedens- und Konfliktforschung zu geben. Hierbei richtete sie die Aufmerksamkeit auf die folgenden beiden Themenschwerpunkte:[12]

- die Rolle von Religionen und Religionsgemeinschaften in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen
- die friedensgefährdenden Folgen des globalen Klimawandels

Aus der Forschungsinitiative zur Rolle von Religionen in Konflikten und Friedensprozessen gingen die Vorbereitungen für das internationale Symposium „Religionen und Weltfrieden. Zum Friedens- und Konfliktlösungspotenzial von Religionsgemeinschaften“ hervor, das die Stiftung gemeinsam mit dem Forschungsverbund Religion und Konflikt[13] und dem Wissenschaftlichen Rat der Osnabrücker Friedensgespräche[14] vom 20. bis 23. Oktober 2010 in Osnabrück ausrichtet.

Das internationale Symposium wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Ausgangspunkt der Zielsetzungen ist die Feststellung, dass das friedensfördernde und friedensstiftende Potenzial in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte über die Ambivalenz von Religionen und Religionsgemeinschaften in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen in der Regel kaum eine größere Aufmerksamkeit findet. Vorherrschend ist vielmehr die Wahrnehmung, dass Religionen eine konflikteskalierende Rolle spielen. Das Symposium näherte sich der Thematik deshalb gezielt aus einer entgegengesetzten Perspektive und fragte zum einen nach den Friedensbotschaften, die von Religionen ausgehen können, zum anderen nach der Friedenspraxis von Religionsgemeinschaften. Wenn Religionen und Religionsgemeinschaften zur Delegitimierung und Vermeidung von Gewalt beitragen und friedensfördernde Prozesse positiv beeinflussen oder gestalten können, dann ergibt sich hieraus die Aufgabe, dieser Frage eine deutlich größere wissenschaftliche und öffentliche Aufmerksamkeit zu widmen. Außerdem eröffnen sich auch zusätzliche politische Handlungsmöglichkeiten, dieses Potenzial effektiver in Friedensprozesse einzubringen.

Das Symposium soll wichtige Impulse für die einschlägige wissenschaftliche Forschung geben und einen Beitrag zur öffentlichen Debatte über die ambivalente Rolle von Religionen leisten. Durch Beispiele aus der praktischen Friedensarbeit der Religionen wird zudem ein Austausch zwischen Wissenschaftlern, Fachleuten und Praktikern ermöglicht. Das Symposium richtet sich sowohl an die Wissenschaft und ein Fachpublikum aus verschiedenen Einrichtungen und Organisationen als auch an die interessierte Öffentlichkeit.[15]

Auch aus der zweiten Forschungsinitiative der Stiftung zu den friedensgefährdenden Folgen des globalen Klimawandels sind erste Ergebnisse hervorgegangen. So erschien im Jahr 2009 die von der Stiftung in Auftrag gegebene Studie „Klimawandel und Gewaltkonflikte“ von Prof. Dr. Helmut Breitmeier, FernUniversität Hagen, die ein Resümee des internationalen Forschungsstandes und Schlussfolgerungen über den weiteren Forschungsbedarf zieht.[16]

---

12 Für Einzelheiten siehe die Jahresberichte 2008 und 2009 der DSF.
13 <www.religionundkonflikt.de>.
14 <www.friedensgespraeche.de>.
15 Weitere Informationen zu den Zielsetzungen und zum Programm des Symposiums sind unter <www.religionenundweltfrieden.de> erhältlich.
16 Helmut Breitmeier: Klimawandel und Gewaltkonflikte. Osnabrück 2009 (Forschung DSF Nr. 17).

Außerdem entstand, nicht zuletzt auch in Folge der Forschungsinitiative der DSF ein Themenschwerpunktheft „Klimawandel und Gewaltkonflikte“ der Zeitschrift „Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization“.[17] Schließlich griff die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) in ihrem Jahreskolloquium 2010 (Hamburg, 26.-28.02.2010) die Thematik unter dem Titel „Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung oder präventive Friedenspolitik?“ auf. Der Stiftung ist es somit gelungen, einen wichtigen thematischen Impuls für die Friedens- und Konfliktforschung zu geben.

1.6. Die Förderung von Kleinprojekten

Die Fördermittel für Kleinprojekte wurden auch im Jahr 2009 stark nachgefragt. Hierdurch konnte die Stiftung einen wichtigen Beitrag leisten, neue Forschungsfelder für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen. Außerdem war es möglich, die internationale und interdisziplinäre wissenschaftliche Zusammenarbeit zu befördern. Im Berichtsjahr erhielt die DSF insgesamt 22 Anträge auf Förderung von Kleinprojekten. Hiervon konnten zwölf Vorhaben bewilligt werden, darunter neun Tagungen und Workshops, zwei Publikationen und eine Pilotstudie. Dies entspricht einer Förderquote von rund 55 Prozent. Das Gesamtvolumen der bewilligten Kleinprojekte beläuft sich auf 134 Tsd. Euro.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Beyond the State – Local Politics in Afghanistan Internationales Symposium Termin: 5.-7. März 2009, Bonn Fördersumme: 20.000 Euro	Projektleiter: **Dr. Conrad Schetter** Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Universität Bonn

Das internationale Symposium „*Beyond the State – Local Politics in Afghanistan*“ führte Wissenschaftler zusammen, die sich aus der Perspektive verschiedener Disziplinen der Frage widmeten, von welchen Dynamiken die lokale Politik in Afghanistan bestimmt ist und welche Einflüsse diese auf die gesamtstaatliche Entwicklung ausüben. Hierbei wurden vor allem zentrale analytische Begriffe diskutiert, um ein angemesseneres Verständnis der Akteure (Taliban, Warlords) und struktureller Faktoren (Ethnizität, Korruption) zu gewinnen.

17 Themenschwerpunkt: „Klimawandel und Gewaltkonflikte“. Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 84 (2009), 2.

Weitere wichtige Themen der von Dr. Conrad Schetter geleiteten Tagung waren die Frage der Verankerung des Staates in den lokalen gesellschaftlichen Strukturen sowie die Wirkung transnationaler Einflüsse auf die lokalen politischen Prozesse, insbesondere durch den Drogenhandel und die Arbeitsmigration (Transferzahlungen). Darüber hinaus wurde das Verhältnis von lokalen und internationalen Akteuren diskutiert. Unter den Referenten bestand ein weitgehender Konsens, dass ein besseres Verständnis der Verschiedenheit der lokalen Verhältnisse eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die zahlreichen Probleme und Konflikte mit Aussicht auf Erfolg bearbeitet werden können.

Die Beiträge zum Symposium werden in einem englischsprachigen Sammelband veröffentlicht.[18]

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Das Lehren lernen **Hochschuldidaktischer Workshop** Termin: 30. März-2. April, Bad Urach Fördersumme: 3.950 Euro	Projektleiter/in: **Dr. Thomas Nielebock** Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen **Dr. Tatjana Reiber** Helmut-Schmidt Universität Universität der Bundeswehr, Hamburg

Mit der Zielsetzung, die fachdidaktische Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, insbesondere der einschlägigen Masterstudiengänge, zu unterstützen, förderte die Stiftung 2009 den insgesamt dritten Didaktik-Workshop „Das Lehren lernen“.

Geleitet wurde das Vorhaben von Dr. Thomas Nielebock, Universität Tübingen, und Dr. Tatjana Reiber, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg. Das fachdidaktische Angebot stieß erneut auf große Resonanz.

18 Boboyorov, Hafiz, Poos, Henrik, Prinz, Janosch, Schetter, Conrad (2009): Symposiumsbericht: Beyond the State – Local Politics in Afghanistan. In: Afghanistan Info 65, S. 10-11.

Im Zentrum des Workshops stand die Ausarbeitung unterschiedlicher Seminarkonzepte für die Lehre im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Diese Übungen waren eingebettet in begleitende Vorträge und Diskussionen über Lehr- und Lernverständnisse sowie über Wissensformen und didaktische Methoden.

Der Workshop bot den 15 jungen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen somit die Möglichkeit, die vorgestellten Lerntheorien und didaktischen Konzepte im Austausch mit den Referenten und Referentinnen praktisch zu erproben.

Die fachdidaktische Weiterbildung soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Moderne Konfliktformen: Humanitäres Völkerrecht und privatrechtliche Folgen Wissenschaftliche Tagung Termin: 15.-18. April 2009, München Fördersumme: 4.000 Euro	Projektleiterin: **Prof. Dr. Dagmar Coester-Waltjen, LL. M.** Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht e. V.

Die Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht befasste sich 2009 mit aktuellen wissenschaftlichen und politisch-praktischen Fragen des Humanitären Völkerrechts. Hierbei setzten sich die Referenten und Referentinnen mit Problemen der Wirksamkeit rechtlicher Hegung von Gewalt und der Rolle des humanitären Völkerrechts in asymmetrischen Konflikten ebenso auseinander wie mit dem Schutz von Kulturgütern in und nach militärischen Konflikten und dem Beschlagnahmerecht durch Besatzungsmächte. Weitere hochaktuelle Diskussionsthemen waren der Einsatz von Seestreitkräften zur Verhinderung von Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie das Spannungsfeld zwischen den militärischen und polizeilichen Aufgaben im Rahmen friedenssichernder Auslandseinsätze. Die Beiträge werden in einem Tagungsband der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Von Kriegen, die keine werden – Voraussetzungen erfolgreicher Krisenprävention Nachwuchstagung Termin: 12.-14. Juni 2009, Schwerte Fördersumme: 9.682 Euro	Projektleiterin: **Dr. Barbara Müller** Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

Auf der Nachwuchstagung 2009 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung konnten junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ihre laufenden oder geplanten Forschungsarbeiten zu den Voraussetzungen erfolgreicher Krisenprävention vorstellen. Auf der Grundlage dieser Beiträge wurde zudem über den Stand der Forschung diskutiert. Anschließend wurden daraus zukünftige Forschungsperspektiven abgeleitet.

Im ersten Themenblock standen theoretische Ansätze zur Krisenpräventions- und Gewaltforschung im Mittelpunkt.

In zwei weiteren Themenblöcken befassten sich die Teilnehmer- und Teilnehmerinnen mit Akteuren, Instrumenten und Strategien der Krisenprävention sowie mit Fallbeispielen erfolgreicher oder gescheiterter Prävention. Jeder Themenblock wurde durch den Vortrag eines Experten eingeleitet, der anschließend die Diskussion der übrigen Vorträge begleitete.

Die Praxisrelevanz der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema verdeutlichte ein Praxistraining zum präventiven Verhalten in Situationen drohender Gewalt.[19]

19 Zur Nachwuchsförderung der AFK siehe <www.afk-web.de/afk-home.html>.

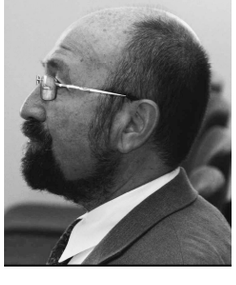
Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Local Ownership in Practice. Lessons from Liberia and Kosovo Expertenworkshop Termin: 16.-17. Juni 2009, Berlin Fördersumme: 9.320 Euro	Projektleiter**:** **Dr. Winrich Kühne,** **Tobias Pietz** Zentrum für Internationale Friedens-einsätze (ZIF), Berlin

Die nachhaltige Gestaltung von Friedenprozessen durch Übertragung von Institutionen und Verantwortung auf lokale Kräfte in ehemaligen Konfliktgebieten stand im Zentrum des internationalen Expertengesprächs „*Local Ownership in Practice*“, das die Erfahrungen in Liberia und Kosovo auswertete. Die Veranstaltung sollte dazu beitragen, Forschungsbefunde aus dem von Dr. Winrich Kühne geleiteten Forschungsvorhaben zu den Erfahrungen und Erfolgsbedingungen von *Local Ownership* zu überprüfen, das die DSF von Januar 2007 bis September 2009 förderte. Die Referenten und Referentinnen setzten sich insbesondere mit den vorhandenen Ansätzen von *Local Ownership* in der politischen Praxis sowie den daraus zu ziehenden Lehren auseinander. Hierbei wurden die begrifflichen und konzeptionellen Grundannahmen zur *Local Ownership* kritisch beleuchtet sowie die Beispiele „*Rule of Law*“ und „Wahlen“ in Liberia und im Kosovo einer systematischen Betrachtung unterzogen. Die Schlussfolgerungen und Ergebnisse des Expertengesprächs werden in die Forschungsberichte und Publikationen einfließen, die im Rahmen des Forschungsprojektes beim ZIF entstehen werden.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
„Just Peace Governance“: Konzepte und Widersprüche eines gerechten Weltregierens für den Frieden Internationale wissenschaftliche Tagung Termin: 19.-20. Juni 2009, Frankfurt a.M. Fördersumme: 16.124 Euro	Projektleiter/innen: **Prof. Dr. Nicole Deitelhoff,** **Dr. Niklas Schörnig,** **Dr. Simone Wisotzki,** **Dr. Jonas Wolff** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M.

Das internationale Symposium „*Just Peace Governance*“ verfolgte die Zielsetzung, die Diskussion über das neue Forschungsprogramm der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) einen entscheidenden Schritt voranzubringen. Mit den Begriffen „*Justice*“, „*Peace*“ und „*Governance*“ sollen drei zentrale Themenbereiche der Friedens- und Konfliktforschung zusammengeführt und neue Forschungsperspektiven erschlossen werden. Die Beiträge des Symposiums orientierten sich an zwei zentralen Leitfragen: Welche Chancen und Risiken bergen liberal-demokratisch geprägte Ordnungsvorstellungen für eine gerechte und friedliche Gestaltung globalen Regierens? Welche Konsequenzen hat die faktische kulturell-normative Heterogenität für die Friedenstauglichkeit und Problemlösungsfähigkeit globaler *Governance*-Strukturen und -Entwürfe? Diese Fragen wurden unter Bezugnahme auf die bisherige Schwerpunktforschung der HSFK zum demokratischen Frieden in drei thematischen Blöcken – Frieden, Gerechtigkeit und *Governance* – diskutiert. Eine Veröffentlichung des Tagungsbandes ist in Vorbereitung.

Das Symposium war dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied der HSFK, Prof. Dr. Harald Müller (Foto rechts), gewidmet, der 2009 seinen 60. Geburtstag feierte. In seinem Grußwort hob der Vorsitzende der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger, die Bedeutung der Tagung für das künftige Forschungsprogramm der HSFK hervor. Es könne wichtige Impulse für die gesamte Friedens- und Konfliktforschung geben. Bei der Diskussion über die Zielsetzungen der neuen Programmatik solle jedoch auch die Frage der Praxisrelevanz der Forschungsergebnisse Berücksichtigung finden.



Des Weiteren würdigte der Stiftungsvorsitzende die Verdienste von Prof. Müller, dessen unermüdlichem persönlichen Einsatz es zu verdanken sei, dass die HSFK Anfang 2009 in die Leibniz-Gesellschaft aufgenommen worden wurde. Außerdem dankte er ihm für seine langjährige Mitwirkung im Stiftungsrat der DSF, die Prof. Müller auf eigenen Wunsch im Frühjahr 2009 vorzeitig beendet hatte.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Schwache Staatlichkeit als globale Herausforderung Wissenschaftliche Tagung 1. Heidelberger Dialog zur Internationalen Sicherheit Termin: 24. Oktober 2009, Heidelberg Fördersumme: 2.500 Euro	Projektleiter/in: **Prof. Dr. Sebastian Harnisch** Institut für Politische Wissenschaft Universität Heidelberg **Magdalena Kirchner** Forum für internationale Sicherheit (FiS), Heidelberg

Der Workshop „Schwache Staatlichkeit als globale Herausforderung“ fand im Rahmen des ersten Heidelberger Dialogs zur internationalen Sicherheit statt.[20]

Die Stiftung leistete mit ihrer Förderung einen gezielten Beitrag zur Anschubfinanzierung des neu gegründeten „Forum für internationale Sicherheit Heidelberg (FiS)“, das sich zum Ziel setzt, die friedens- und sicherheitspolitischen Akteure aus Wissenschaft und Praxis auf lokaler und regionaler Ebene miteinander zu vernetzen.

Die fünf Diskussionsforen des Workshops spannten einen Bogen von einer theoretischen und empirischen Analyse des globalen Konfliktgeschehens, über die Problematik von *Local Ownership* und den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit in schwachen Staaten bis hin zu völkerrechtlichen Fragen im Kontext fragiler Staatlichkeit sowie den außenpolitischen Herausforderungen für die Staaten der Europäischen Union.

20 </www.fis-hd.de/news.html>.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Piraterie als Kristallisationspunkt für die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts, des Rechts der Europäischen Union und der Wehrverfassung des Grundgesetzes Wissenschaftliche Tagung Termin: 17.-18. März 2010, Frankfurt/Oder Fördersumme: 12.300 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Wolff Heintschel von Heinegg** **Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff** Juristische Fakultät Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte über die Ursachen und Bekämpfung der wiedererstarkten Piraterie, insbesondere am Horn von Afrika, konzipierten die Projektleiter Prof. Dr. Wolff Heintschel von Heinegg und Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff eine Konferenz, die sich mit den unterschiedlichen politischen und rechtlichen Aspekten des Themas auseinandersetzte. Hierzu trugen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Fachdisziplinen sowie Vertreter der politischen Praxis, aus Polizei, Militär und Ministerien bei. Eingebettet wurde die Diskussion über rechtliche Fragen in eine historische und sozialwissenschaftliche Analyse der Entstehungsbedingungen von Piraterie. Im Anschluss wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene untersucht und die daraus abzuleitenden Handlungsoptionen erörtert. Einen besonderen Stellenwert erhielt hierbei der Erfahrungsaustausch mit Praktikern aus Politik, Militär und Polizei.
Die Tagungsbeiträge werden in einem Sammelband veröffentlicht.

Im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
Die Sicherheitsapparate in autoritären und fragilen Staaten – Funktionen und Reformpotenziale **Internationale wissenschaftliche Tagung** Termin: 17.-18. Juni 2010, Bonn Fördersumme: 19.788 Euro	Projektleiter: **PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder** Bonn International Center for Conversion (BICC)

Ausgangspunkt für die von Dr. Andreas Heinemann-Grüder (BICC) geleitete internationale Tagung zu den Sicherheitsapparaten in autoritären und fragilen Staaten war die Beobachtung, dass die seit etwa einem Jahrzehnt entwickelten Konzepte zur Sicherheitssektorreform bislang keiner systematischen wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen wurden. In den Beiträgen wurden sowohl theoretisch-methodische Fragen als auch regionale Fallstudien, verschiedene Akteursgruppen und ihre Handlungsstrategien diskutiert. Die Tagung soll einen wichtigen Beitrag leisten, Kernprobleme der Sicherheitsektorreform zu identifizieren und die Potenziale und Grenzen dieses Konzeptes auszuloten. In der weiteren Perspektive ist geplant, ein internationales Netzwerk aufzubauen, das sich der Erforschung von Sicherheitssektorreformen widmet. Der Projektleiter lud deshalb Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen, bisher isoliert arbeitenden Expertengruppen- autoritäre Regime, fragile Staaten, Sicherheitssektorreform - ein, um deren Expertise für das Netzwerk nutzbar zu machen. Die Forschungsbefunde sollen für die Politikberatung zur Verfügung gestellt, die Vorträge der Tagung in einem englischsprachigen Sammelband veröffentlicht werden.

Geförderte wissenschaftliche Publikationen im Jahr 2009	
Handbuch Frieden Wissenschaftliche Publikation Fördersumme: 5.000 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Hans Joachim Gießmann** **Dr. Bernhard Rinke** Berghof Conflict Research, Berlin

Das Vorhaben, ein „Handbuch Frieden“ zusammenzustellen, gründet auf der Feststellung, dass alle thematisch einschlägigen deutschsprachigen Lexika und Handbücher noch aus der Zeit des Ost-West-Konflikts stammen. Vor allem ein auf Frieden und Friedenspolitik fokussiertes Werk stelle eine publizistische Lücke dar.

Das Handbuch soll insbesondere für Forschung und Lehre eine Hilfestellung an die Hand geben aber auch ein Zielpublikum in Schulen und Erwachsenenbildung sowie in Medien und politischer Praxis erreichen.

Für den Band wurden rund 60 Fachbegriffe ausgewählt, die auf dem Stand der internationalen Forschung erläutert werden. Für die fachlich fundierte Bearbeitung wurden Autoren und Autorinnen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen gewonnen.

Ein engmaschiges Verweissystem, eine Fachbibliographie und ein Personen- und Sachregister werden den Nutzwert des Bandes für die Leser erhöhen.

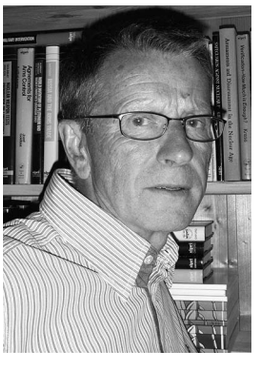
Das „Handbuch Frieden“[21] wird voraussichtlich im April 2011 erscheinen.

21 Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Frieden. Wiesbaden: VS Verlag 2011.

Geförderte wissenschaftliche Publikationen im Jahr 2009	
Overcoming Armed Violence in a Complex World[22] Wissenschaftliche Publikation Fördersumme: 3.300 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Michael Brzoska** Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) **Dr. Axel Krohn** Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Der von Prof. Dr. Michael Brzoska und Dr. Axel Krohn herausgegebene Sammelband sucht die komplexer gewordenen Entwicklungen in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges zu erfassen und Wege aufzuzeigen, wie eine friedlichere Welt geschaffen werden kann.

Der Band gliedert sich in drei thematische Abschnitte: Möglichkeiten der Demilitarisierung, Aufbau geeigneter Institutionen zur Eindämmung von Gewalt und künftige Herausforderungen für die Entwicklung einer *Security Governance*.



In der Einführung stellen die Herausgeber fest, dass diese Fragen heute in einer völlig anderen Perspektive diskutiert werden müssten als noch vor 20 Jahren.

Die Autoren und Autorinnen behandeln die aufgeworfenen Fragen sowohl aus der Perspektive der Wissenschaft als auch aus der Sicht der politischen Praxis.

Der Sammelband ist Prof. Dr. Herbert Wulf (Foto links) gewidmet, der 2009 seinen 70. Geburtstag feierte.

22 Brzoska,Michael/Krohn, Axel (Eds): Overcoming Armed Violence in a Complex World. Essays in Honour of Herbert Wulf. Opladen/Farmington Hills MI: Budrich UniPress 2009.

Geförderte Pilotstudien im Jahr 2009	
Frieden multimedial: Konzeption einer „DVD-Bibliothek des Friedens in Verbindung mit internetgestützten Lernsequenzen“ Pilotstudie Laufzeit: Dezember 2009 bis April 2010 Fördersumme: 19.286 Euro	Projektleiter: **Uli Jäger** Institut für Friedenspädagogik e. V., Tübingen

Die Zielsetzung der Pilotstudie gründet auf der Feststellung, dass die Bedeutung multimedialer, insbesondere internetbasierter Lernarrangements in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Für die Themenstellungen der Friedens- und Konfliktforschung steht eine solche Lernplattform bisher noch nicht zur Verfügung.

Das Team des Projektleiters Uli Jäger stellte sich im Rahmen der Pilotstudie der Herausforderung, Forschungserkenntnisse und -kontroversen zu zentralen Themenfeldern der Friedens- und Konfliktforschung didaktisch aufzubereiten und nach geeigneten technischen Lösungen für eine internetgestützte Lernplattform zu suchen.

Durch die Auswahl und Zusammenstellung der multimedialen Lernangebote sollen zudem unterschiedliche Zielgruppen in Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung bedient werden können.

Im Rahmen der auf fünf Monate angelegten Pilotstudie will das Projektteam erste Ergebnisse über die Möglichkeiten der didaktischen Konzeption, der Themenwahl und der technischen Realisierung vorlegen. Auf dieser Grundlage soll ein größeres Forschungsvorhaben entwickelt werden, das der Entwicklung und Realisierung der internetgestützten Lernplattform dienen wird.

1.7. Förderung von Vernetzungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung

Im Jahr 2009 förderte die DSF zwei Vernetzungsprojekte, deren Träger keine feste institutionelle Anbindung und Finanzierungsmöglichkeiten haben. Des Weiteren wurde eine Transferveranstaltung finanziell unterstützt, die in origineller Weise Forschungsbefunde aus einem von der DSF geförderten Vorhaben an ein größeres Zielpublikum vermittelte. Das Fördervolumen für diese Projekte beläuft sich auf rund 11 Tsd. Euro:

Geförderte wissenschaftliche Vernetzungsprojekte im Jahr 2009	
Lehre vernetzen: Curricula und Didaktik in der Friedens- und Konfliktforschung Vernetzungsprojekt Termin: Augsburg, 13.-15.November 2009 Fördersumme: 6.730 Euro	Projektleiter**:** **Prof. Dr. Christoph Weller** Philosophisch-sozialwissenschaftliche Fakultät Universität Augsburg
Bedrohungen für die Verbotsnormen gegen biologische und chemische Waffen Vernetzungsprojekt Termin: Berlin, 23. November 2009 Fördersumme: 3.000 Euro	Projektleiterin**:** **Prof. Dr. Kathryn Nixdorff** Institut für Mikrobiologie und Genetik, TU Darmstadt

Die Tagung des Arbeitskreises Curriculum der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) in Augsburg fand große Resonanz bei den Hochschullehrern und -lehrerinnen aus der Friedens- und Konfliktforschung, darunter insbesondere auch bei Nachwuchskräften. Ziel der Zusammenkunft war zum einen der Austausch über neuere Entwicklungen in den etablierten Masterstudiengängen der Friedens- und Konfliktforschung. Darüber hinaus wurde über organisatorische Probleme der Studiengänge und ihre Lösung sowie über methodische Fragen universitärer Lehre diskutiert. Die Teilnehmer vereinbarten, die Arbeitstagungen künftig um eine didaktische Fortbildung zu ergänzen. Des Weiteren wurden erste Überlegungen für einen Workshop zu Methodenfragen der Friedens- und Konfliktforschung angestellt. Der Arbeitskreis beschloss zudem, das Projekt einer gemeinsamen Internetplattform für alle Studiengänge der Friedens- und Konfliktforschung voranzutreiben.[23]

23 Nähere Informationen zum Arbeitskreis Curriculum der AFK sind unter <www.afk-web.de/arbeitskreis-curriculum.html> zu finden.

Der Arbeits- und Gesprächskreis „Abrüstung und Nichtverbreitung biologischer und chemischer Waffen“ führt Wissenschaftler verschiedener Fachdisziplinen und Praxisvertreter aus Parlament, Regierung und Industrie zusammen, um Fragen der einschlägigen Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik zu diskutieren sowie neue Risiken für die internationale Sicherheit zu identifizieren. Zu den aktuellen Themen des Arbeitskreises gehörten neuere Entwicklungen im Bereich der synthetischen Biologie und der nichttödlichen Waffen, die durch die gültigen Verbotsnormen nicht hinreichend abgedeckt werden. In diesem Zusammenhang diskutierten die Teilnehmer auch die aktuellen Entwicklungen bei den Verhandlungen zur biologischen und chemischen Rüstungskontrolle in Genf und Den Haag. Hierdurch leistet der Arbeitskreis einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung neuer Forschungserkenntnisse in die politische Praxis.

Gefördertes Transferprojekt im Jahr 2009	
Tourism as a Driver in Peacebuilding and Reconstruction Transferprojekt Termin: Internationale Tourismus-Börse (ITB), 12. März 2010 Fördersumme: 1.250 Euro	Projektleiter**:** **Carsten Palme** Cologne Business School

Die Transferveranstaltung auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin (ITB 2010) ging aus dem von der DSF geförderten Forschungsvorhaben „Tourism, Peace and Conflict - how far does self-interest carry?“ hervor, das von der Cologne Business School in Kooperation mit swisspeace, Bern, durchgeführt wurde. Im Rahmen eines Expertengesprächs mit Vertretern und Vertreterinnen aus der Friedensforschung und der Tourismusbranche wurde über die Frage diskutiert, wie der Tourismus in die Friedenskonsolidierung und Wiederaufbauarbeit nach der Beendigung von Gewaltkonflikten integriert werden kann.

Die Diskussionsveranstaltung fand eine sehr erfreuliche Resonanz.

1.8. Zeitschriftenförderung

Die Förderung von Fachzeitschriften zielt zum einen auf die Verbesserung der redaktionellen Betreuung einschlägiger Fachzeitschiften, zum anderen auf die Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades. Des Weiteren können auch Einzelhefte von Fachzeitschriften, die nicht zu den Fachorganen der Friedens- und Konfliktforschung gehören, gefördert werden. Voraussetzung ist hier, dass sie einen originellen Beitrag zur Forschungsdiskussion leisten.

Zeitschriftenförderung 2009	
S+F. Sicherheit und Frieden **Security and Peace** Fachzeitschrift Förderzeitraum: Januar 2009 bis Dezember 2010 Fördersumme: 8.568 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Michael Brzoska et al.** Herausgeberteam

Im Jahr 2009 stimmte der Stiftungsrat der DSF zu, die Fachzeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden“ in die Förderung aufzunehmen. Redaktionell wird die Zeitschrift am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) betreut, sie wird jedoch durch einen unabhängigen Herausgeberkreis veröffentlicht. Die Fachzeitschrift positioniert sich an der Schnittstelle zwischen Friedensforschung und Sicherheitspolitik und hat somit ein breites Spektrum von Zielgruppen in Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Streitkräften. Die Beiträge von S+F orientieren sich weniger an tagespolitischen Ereignissen, sondern behandeln in Themenschwerpunkten grundlegende Fragen der Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Die Autoren und Autorinnen kommen sowohl aus der Wissenschaft als auch aus unterschiedlichen Praxisfeldern.

Die Stiftung fördert die Fachzeitschrift über einen Zeitraum von 24 Monaten. Mit der finanziellen Unterstützung soll insbesondere die Redaktionsarbeit nachhaltig verbessert werden. Außerdem soll die Reichweite der Publikation erhöht werden, nicht zuletzt auch durch eine erneuerte Internetpräsenz.

Seit Aufnahme der Förderung durch die DSF sind folgende Themenschwerpunkthefte erschienen:

Nach 60 Jahren: Die NATO auf dem richtigen Kurs? (Heft 1/2009)

Internationale Gemeinschaft – Rhetorik und Realität (Heft 2/2009)

Klimawandel und Sicherheit (Heft 3/2009)

Sicherheitsaspekte zukünftiger Rohstoffversorgung (Heft 4/2009)

2. Struktur- und Nachwuchsförderung

Das in der Gründungsphase entwickelte und aufgelegte Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung umfasste ein Fördervolumen von rund fünf Millionen Euro. Hierzu zählte die Einrichtung von Masterstudiengängen für Friedens-und Konfliktforschung, einer Promotionsförderung mit Betreuungssystem sowie einer naturwissenschaftlichen Stiftungsprofessur. Bereits im Vorjahr war die Förderung des postgradualen Masterstudiengangs „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ an der Universität Hamburg[24] zum Abschluss gekommen. Im Berichtsjahr förderte die Stiftung somit nur noch die Masterstudiengänge an den Universitäten Marburg und Tübingen, die auslaufende Promotionsförderung an der HSFK sowie die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur an der Universität Hamburg.

Im Jahr 2009 bewilligte der Stiftungsrat zusätzliche Mittel in Höhe von 250 Tsd. Euro für die Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt.

2.1. Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“

Nachdem die TU Darmstadt im Wettbewerb um die Fördermittel der Stiftung für die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur nur äußerst knapp unterlegen war, unternahm die Stiftung gemeinsam mit der TU Darmstadt Anstrengungen, um eine weitere naturwissenschaftliche Stiftungsprofessur an einer deutschen Universität zu verankern. Es war erklärtes Ziel, dass diese eine komplementäre thematische Ausrichtung zur Hamburger Stiftungsprofessur erhalten sollte. Nach zahlreichen Gesprächen konnte die Berghof Stiftung für Konfliktforschung (Berghof Conflict Research)[25] für einen Einstieg in das Vorhaben gewonnen werden. Weitere Kontakte, so auch mit einer Fördereinrichtung in den Vereinigten Staaten, brachten nicht den gewünschten Erfolg. Schließlich fiel die Entscheidung zugunsten einer anteiligen Finanzierung durch die beiden Stiftungen und die TU Darmstadt selbst.

Die Professur trägt den Namen des Naturwissenschaftlers und Philanthropen Prof. Dr. Georg Zundel (1931-2007), der 1971 die Berghof Stiftung für Konfliktforschung, die bedeutendste private deutsche Fördereinrichtung für die Friedens- und Konfliktforschung, gründete. Die Stiftung ist der Familie Zundel zu Dank verpflichtet für ihre Unterstützung bei der Förderung und Namensgebung für die Stiftungsprofessur.

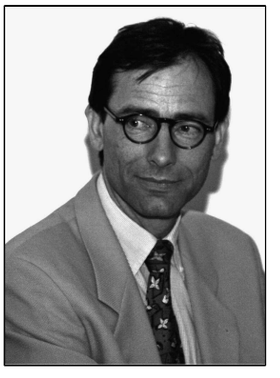
Die DSF bewilligte der TU Darmstadt für einen fünfjährigen Förderzeitraum finanzielle Mittel in einer Gesamthöhe von 250 Tsd. Euro. Die Berghof Stiftung für Konfliktforschung stellt einen Förderbetrag in gleicher Höhe zur Verfügung. Die Stiftungsprofessur wird nach Auslaufen der Förderung in vollem Umfang durch die TU Darmstadt weiterfinanziert. Die Stiftungen vereinbarten ferner mit der TU Darmstadt, dass die Ausschreibung zwar grundsätzlich offen sein kann für Naturwissenschaftler aus unterschiedlichen Fachdisziplinen, aber eine Besetzung vorzugsweise aus den Fachgebieten der Biologie und Chemie angestrebt wird.

Nach einer internationalen Ausschreibung der Stiftungsprofessur nahm die interdisziplinär zusammengesetzte Berufungskommission ihre Arbeit auf. Die beiden Stiftungen entsendeten jeweils ein Mitglied mit beratender Stimme. Für die DSF nahm Dr. Ulrich Ratsch, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg, an den Sit-

24 <www.ifsh.de/IFSH/studium/mps.htm>.
25 <www.berghof-conflictresearch.org>.

zungen teil. Die Kommission lud die am besten qualifizierten Bewerber und Bewerberinnen im Dezember 2009 zu einer Anhörung ein und legte den Gremien der TU Darmstadt anschließend einen Berufungsvorschlag vor. Aufgrund des fortgeschrittenen Verfahrens besteht somit die Aussicht, dass die Georg Zundel-Stiftungsprofessur noch im Laufe des Jahres 2010 besetzt werden kann.

2.2. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg



Die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ wurde im März 2006 an der Universität Hamburg eingerichtet. Damit konnte die naturwissenschaftliche Friedensforschung erstmalig mit einem Lehrstuhl an einer deutschen Universität verankert werden. Die DSF fördert die Stiftungsprofessur über einen Zeitraum von fünf Jahren (2006-2011). Hierfür werden Fördermittel in einer Gesamthöhe von 1,25 Millionen Euro bereitgestellt.

Inhaber des Lehrstuhls ist Prof. Dr. Martin Kalinowski (Foto).

Die Professur bildet den Kern des gleichnamigen Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), das eine fächerübergreifende Zusammenarbeit für Vorhaben in Forschung und Lehre ermöglicht.[26] Die Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der biologischen und nuklearen Rüstungskontrolle. Im Jahr 2009 konnte die Vernetzung des ZNF sowohl innerhalb der Universität Hamburg als auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter ausgebaut werden. Ferner verstärkte das ZNF seine Einbindung in den Exzellenzcluster zur Klimaforschung (CliSAP) und konnte somit einen Beitrag zur weiteren Erschließung dieses neuen Forschungsfeldes für die Friedens- und Konfliktforschung leisten. Des Weiteren wurden die internationalen Kooperationen weiter ausgebaut.

Der Jahresbericht 2009 des ZNF gibt einen anschaulichen Einblick in die vielfältigen Forschungs- und Lehraktivitäten.[27]

2.3. Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Die Promotionsförderung der Stiftung wurde bereits 2002 an drei Standorten, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und dem Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg eingerichtet. Die DSF stellte den Einrichtungen finanzielle Mittel für jeweils acht zweijährige Promotionsstipendien sowie Sachausstattungen zur Verfügung.

Die Promotionsförderung am IFSH und an der Universität Marburg war bereits in den Vorjahren ausgelaufen.

26 <www.znf.uni-hamburg.de>.
27 ZNF: Jahresbericht 2009. Hamburg o.J. (2010) sowie online unter <www.znf.uni-hamburg.de/jahresbericht09.pdf>.

Im Jahr 2009 wurden noch Restmittel für folgende zwei Stipendien an der HSFK ausbezahlt:

- **Carsten Rauch**
  Die Rüstungskontrollpolitik von China und Indien seit 1990
- **Andreas Schmidt**
  Der Einfluss völkerrechtlicher Normen auf den Einsatz militärischer Gewalt in Demokratien: Eine Analyse der Rechtskultur Indiens und Kanadas im Vorfeld des Irak-Krieges 2003

Die Stiftung wird sich auch künftig intensiv um eine Fortsetzung der Nachwuchsförderung bemühen, wie sie auch in der Stiftungssatzung vorgesehen ist. Eine unmittelbare Fortsetzung der Promotionsförderung ist derzeit aber nicht möglich, da keine hinreichenden finanziellen Handlungsspielräume vorhanden sind. Entsprechende Planungen sind deshalb vorläufig ausgesetzt worden.

Im Berichtsjahr ist aus der Promotionsförderung folgende Dissertation als Buchveröffentlichung erschienen:

- **Cordula Dittmer:** Gender Trouble in der Bundeswehr: Eine Studie zu Identitätskonstruktionen und Geschlechterordnungen unter besonderer Berücksichtigung von Auslandseinsätzen. Bielefeld: transcript 2009.

2.4. Geistes- und sozialwissenschaftliche Masterstudiengänge

Auch die Förderung der 2004 eingerichteten Masterstudiengänge für Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten Marburg und Tübingen neigte sich 2009 ihrem Ende zu. Mit ihrer Initiative ist es der DSF gelungen, erstmalig einschlägige Masterstudiengänge an deutschen Universitäten zu verankern. In der Zwischenzeit sind weitere Studienangebote mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen entstanden, so dass sich ein breites Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten für wissenschaftliche Nachwuchskräfte entwickelt hat. Nicht zuletzt auch aufgrund der in die Curricula integrierten Praxiselemente eröffnen sich den Absolventen und Absolventinnen Berufsfelder in der Wissenschaft, in internationalen Organisationen, in Nichtregierungsorganisationen, in der Entwicklungszusammenarbeit und in Friedensdiensten.

Die Unterstützung der Masterstudiengänge erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren. Anschließend werden die Studienangebote durch die Universitäten in vollem Umfang aus eigenen Mitteln weiterfinanziert. Die Fördermittel umfassen sowohl Personal- als auch Sachmittel. Zur Stärkung der Personalausstattung finanziert die Stiftung eine C3-Professur am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, die durch Prof. Dr. Andreas Hasenclever besetzt wurde, sowie eine Juniorprofessur an der Universität Marburg, auf die Prof. Dr. Thorsten Bonacker berufen wurde.[28]

Im Rahmen der Förderung des Masterstudiengangs „Friedens- und Konfliktforschung“ an der Universität Marburg bewilligte die Stiftung 2009 eine Umschichtung von Fördermitteln, um die internationale Vernetzung der deutschen Friedensforschung zu verbessern und ihre Sichtbarkeit zu erhöhen. In Zusammenarbeit mit der *University of Kent* wird ein ergänzender zweijähriger Masterstudiengang in Form eines „*joint degree*“ aufgebaut. Für die organisatorischen und curricularen Vorbereitungen richtete das Zentrum für Konfliktfor-

28 Die Juniorprofessur wurde inzwischen im Zusammenhang mit Bleibeverhandlungen in eine W3-Professur umgewandelt. Die Stiftung übernahm den Kostenanteil in Höhe der Juniorprofessur.

schung mit bisher nicht verausgabten Fördermitteln der DSF eine Personalstelle ein. Der Förderzeitraum wurde aus diesem Grund bis Dezember 2011 verlängert.

Auch der Förderzeitraum für den Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik“ an der Universität Tübingen wurde um fünf Monate verlängert, um bewilligte Fördermittel für Personalstellen verwenden zu können.

Die von der DSF geförderten Masterstudiengänge haben in den vergangenen Jahren trotz der zusätzlichen Studienangebote im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung eine hohe Wertschätzung erworben, was sich in einer anhaltend hohen Nachfrage nach Studienplätzen widerspiegelt. Nach Abschluss des Zulassungsverfahrens mit 221 bzw. 174 Bewerbungen schrieben sich an der Universität Marburg 35 und an der Universität Tübingen 20 neue Studierende aus dem In- und Ausland ein.

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung unterstützt durch eigene Aktivitäten die Vermittlung von Forschungsbefunden, die aus geförderten Vorhaben hervorgegangen sind. Für diesen Zweck entwickelte die Stiftung unterschiedliche Veranstaltungsformate wie z. B. Parlamentarische Abende oder Fachgespräche und Fachkonferenzen, die gemeinsam mit einschlägig interessierten Kooperationspartnern ausgerichtet werden. Ferner organisiert die Stiftung eigene Veranstaltungen, die die nationale und internationale Vernetzung von Forschungsaktivitäten oder die Erschließung neuer Themenfelder zum Ziel haben. Schließlich zählen zu den stiftungseigenen Transferaktivitäten auch Veranstaltungen zu aktuellen Fragen der Friedensforschung und Friedenspolitik, die ein breiteres Fachpublikum oder die interessierte Öffentlichkeit erreichen wollen.

1. Fachgespräch „Erhöhte menschenrechtliche Anforderungen an multilaterale Friedensmissionen“ mit der Christlich-Sozialen Union (CSU) in München

Das Fachgespräch der DSF mit dem Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU sowie der Arbeitsgruppe Wehrpolitik der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag fand am 15. Januar 2009 im Sitz des Bayerischen Landtags (Maximilianeum) in München statt. Mit dem Thema „Erhöhte menschenrechtliche Anforderungen an multilaterale Friedensmissionen? ‚Menschliche Sicherheit‘ als Herausforderung für die internationale Friedenspolitik“ wurde eine Fragestellung aufgegriffen, die in jüngster Zeit erheblich an Bedeutung für die Debatten über internationale Friedensstrategien gewonnen hat. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt (rechts im Bild), leitete das Fachgespräch, Prof. Dr. Winfried Bausback (links im Bild), Mitglied des Bayerischen Landtags, übernahm die Moderation.

In seiner Einführung hob der Vorsitzende der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger, hervor, dass es in den aktuellen sicherheitspolitischen Debatten um die grundsätzliche Frage gehen müsse, welches normative Verständnis von Sicherheit dem künftigen friedens- und sicherheitspolitischen Denken und Handeln zugrunde gelegt werde. Des Weiteren sei zu erörtern, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten Krisen und Gewaltkonflikten am besten vorgebeugt und eine dauerhafte Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften erreicht werden könne. Hiervon werde abhängen, ob und wie sich Deutschland an internationalen Friedensmissionen beteilige. Der Stiftungsvorsitzende machte deutlich, dass sich der Charakter von Friedensmissionen seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes teilweise grundlegend gewandelt habe. Die höheren Anforderungen hätten zunehmend zu einer Überforderung geführt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Einsatzkräfte der VN nur unzureichend vorbereitet und ausgestattet worden seien. Die Folge seien unter anderem auch Fehlverhalten und Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige der VN-Truppen.

In den Debatten über einen angemessenen Sicherheitsbegriff habe sich ein erweiterter Sicherheitsbegriff durchgesetzt, der auch relevante nichtmilitärische Faktoren wie z. B. Armut, Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung und Ausbreitung von Epidemien berücksichtige. Hieraus ergebe sich die Gefahr der „Versicherheitlichung“ von Politikfel-

dern, die zu einer Reduzierung von Handlungsoptionen führen könne: militärische Reaktionen erhielten hierdurch den Vorzug vor zivilen Instrumenten der Krisen- und Gewaltprävention sowie der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung. Militärische Missionen könnten zwar häufig das Ende der Gewalt erzwingen, sie verfügten jedoch über keine Möglichkeiten, die Konfliktursachen zu beseitigen und den Friedensprozess auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen.

Professor Rittberger lenkte die Aufmerksamkeit auf das Konzept der „menschlichen Sicherheit", das nicht mehr die nationale, territoriale Sicherheit in den Mittelpunkt stelle, sondern die Sicherheit von Menschen, Individuen und Gruppen. Dieser Perspektivenwechsel spiegle sich bereits in zahlreichen VN-Resolutionen zur Mandatierung von Friedensmissionen wider und liege letztlich auch der Schutzverantwortung der Staaten (*responsibility to protect*) zugrunde, die Eingang in das Abschlussdokument des Weltgipfels der VN im Jahr 2005 gefunden habe.

Welche Konsequenzen aus einer verstärkten Orientierung an Konzepten der menschlichen Sicherheit und der Schutzverantwortung gezogen werden müssten, bedürfe noch einer eingehenden Diskussion und Prüfung. Über neue Instrumente der Friedenssicherung und des rechtsförmigen Weltregierens müsse intensiv nachgedacht werden, nicht zuletzt auch im Hinblick auf künftige Herausforderungen von ungleich größerer Dimension, wie sie z. B. durch den globalen Klimawandel ausgelöst werden könnten.

Der Stiftungsvorsitzende sprach sich zudem dafür aus, verstärkt über den Einsatz von internationalen Polizeiverbänden nachzudenken, die sich allein schon aufgrund ihrer andersartigen Ausbildung und anderen Umgangs mit der Bevölkerung besser eigneten, mit den Aufgaben der Friedensmissionen fertig zu werden. Die zivile Konfliktbearbeitung durch Polizeikräfte erleichtere zudem die Einbindung lokaler Kräfte, wodurch im Sinne der „*local ownership*" möglichst frühzeitig die eigenverantwortliche Übernahme öffentlicher Aufgaben erreicht werden könne.

Auf Einladung der Stiftung stellten drei Experten ihre Forschungsergebnisse zu Fragen der menschlichen Sicherheit und des Schutzes der Zivilbevölkerung in Gewaltkonflikten vor. Prof. Dr. Wolfgang Benedek, Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Graz, referierte zum Thema „Völkerrechtlicher Status und Bedeutung des Konzepts der menschlichen Sicherheit für UN- und europäische Friedensmissionen". Hierin hob er hervor, dass das Konzept der menschlichen Sicherheit bereits weitgehende völkerrechtliche Anerkennung für die Friedensmissionen der VN und Europas gefunden habe, auch wenn es noch nicht als allgemein etabliert betrachtet werden könne. Eine Orientierung an diesem Konzept ermögliche es, die Ziele von Friedensmissionen besser zu erreichen und somit ihre Effizienz und Legitimität zu steigern.

Sascha Werthes, Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen, setzte sich mit dem Thema „Menschliche Sicherheit: Erste Reflexionen zu den Prinzipien und politischen Implikationen eines Konzeptes" auseinander. Er stellte fest, dass die Agenda menschlicher Sicherheit bereits in zahlreiche außen- und sicherheitspolitische Felder Ein-

gang gefunden habe. Auch wenn das Konzept in mancher Hinsicht noch nicht ausgereift sei, so bilde es inzwischen einen wichtigen normativen Referenzpunkt für verschiedene Politikfelder. Nicht zu unterschätzen sei zudem, dass menschliche Sicherheit eine hohe Legitimität in Anspruch nehmen könne. Die Übernahme einer einschlägigen politischen Verantwortung für Sicherheit und Frieden bedeute unter Umständen aber auch die Akzeptanz neuer Risiken. Für die Zukunft werde es darauf ankommen, das politische Bekenntnis zur menschlichen Sicherheit in geeignete Strategien und Instrumente umzumünzen.

Thorsten Benner, Global Public Policy Institute (GPPI), Berlin, äußerte sich in seinem Beitrag „Vom Versprechen zur Umsetzung: Der Schutz von Zivilisten als Aufgabe von UN-Friedensmissionen“ skeptisch zu der Frage, ob und wie sich das Konzept der menschlichen Sicherheit operationalisieren lasse. Die recht allgemeinen Zielsetzungen entzögen sich einer belastbaren Überprüfung und öffneten der „Schaufensterpolitik“ Tür und Tor. Multilaterale Friedenseinsätze sollten sich besser am konkreten Ziel des Schutzes von Zivilisten orientieren. Doch auch diese Aufgabe sei nur unter großen Schwierigkeiten umzusetzen, wie das Beispiel des Kongo deutlich zeige. Die Schlussfolgerung aus diesen Erfahrungen bestehe darin, dass künftige Friedensmissionen der VN-Mitgliedstaaten, wo zwingend erforderlich, ihre militärischen Kapazitäten, insbesondere auch mit dem Ziel der Abschreckung, deutlich verbesserten sowie die Fähigkeiten zu Diplomatie, Mediation und Prävention stärkten.

Das Fachgespräch im Maximilianeum wurde durch einen öffentlichen Abendvortrag von Prof. Dr. Christopher Daase, Geschwister-Scholl Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München,[29] zum Thema „Der Wandel der Sicherheitskultur und die Herausforderungen für die internationale Politik“ abgeschlossen. Prof. Daase stellte fest, dass Sicherheit zum „zentralen Wertbegriff moderner und postmoderner Gesellschaften“ geworden sei. Dieser Wandel habe jedoch nicht zu schärferen Konturen des Sicherheitsbegriffs geführt. Ursächlich für die Veränderung der „Sicherheitskultur“ sei eine gewandelte Wahrnehmung politischer Probleme, die von einem erkennbaren Widerspruch zwischen Sicherheitsbedürfnis und der Fähigkeit zur Befriedigung desselben unter den Bedingungen der Globalisierung begleitet sei. Vor überzogenen Hoffnungen auf eine „kosmopolitische Sicherheitspolitik“ sei zu warnen, da die sicherheitspolitische Rhetorik den realen Möglichkeiten weit vorausgeeilt sei.

Die DSF veröffentlichte die Referate des Fachgesprächs in der stiftungseigenen Reihe „Arbeitspapiere DSF“. Das Heft wurde um Beiträge von Prof. Dr. Volker Rittberger zur „Entwicklung der VN-Friedensmissionen“ sowie von Prof. Dr. Winfried Bausback (MdL) und Franziska Schuierer zur „Human Security im bewaffneten Konflikt“ ergänzt.[30]

2. Fachsymposium „Völkerrechtliche Grundlagen und Problemfelder für Friedensmissionen und Auslandseinsätze“ mit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Unter dem Titel „Zwischen Krieg und Frieden. Völkerrechtliche Grundlagen und Problemfelder für Friedensmissionen und Auslandseinsätze“ richtete die DSF am 2. März 2009 ein Fachsymposium mit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag aus. Federführender Kooperationspartner der Stiftung war die „Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspo-

29 Prof. Daase wechselte zum 1. April 2010 an die Universität Frankfurt a. M., wo er eine Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Organisationen übernahm.

30 Erhöhte menschenrechtliche Anforderungen an multilaterale Friedensmissionen? „Menschliche Sicherheit“ als Herausforderung für die internationale Friedenspolitik. Osnabrück 2010 (=Arbeitspapiere DSF Nr. 5). Das Heft ist in der Druckfassung über die Geschäftsstelle der DSF oder als Download auf der Internetseite der DSF erhältlich.

litik“. Rainer Arnold (MdB), der Leiter der Arbeitsgruppe, moderierte die Veranstaltung im Reichstagsgebäude in Berlin.

Der Stiftungsvorsitzende, Prof. Dr. Volker Rittberger, hob in seiner Einführung hervor, dass sich die Anforderungen an VN-geführte Friedensmissionen seit dem Ende des Kalten Krieges stark verändert hätten. Es ließen sich insgesamt vier Generationen von Missionen unterscheiden, die vom klassischen *Peacekeeping* nach zwischenstaatlichen Konflikten bis hin zu komplexen Einsätzen zum Wieder- bzw. Neuaufbau staatlicher Strukturen reichten. Die hierbei gemachten Erfahrungen hätten 2005 zur Einrichtung der *Peacebuilding Commission* der VN geführt, deren Aufgabe in der Entwicklung geeigneter Strategien, in der Koordination der zentralen Akteure sowie in der schnelleren Überführung von Verantwortung in lokale Hände bestehe. Des Weiteren habe der Schutz der Zivilbevölkerung immer stärker an Bedeutung gewonnen. Hierzu beigetragen habe auch ein veränderter Sicherheitsbegriff, der sich mehr an menschlicher Sicherheit als an nationaler Sicherheit ausrichte. Hieraus ergäben sich sowohl aus politischer als auch aus völkerrechtlicher Perspektive weitreichende Fragen: Was bedeute die Orientierung an Konzepten menschlicher Sicherheit und an der Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) für die Legalität und Legitimität des Einsatzes von Gewalt zur Durchsetzung elementarer Menschenrechte? Bestehe hierdurch nicht die Gefahr eines Absinkens der Schwelle zum Eingreifen mit militärischen Mitteln? Es wäre ein gravierender Denkfehler, wenn bei der Wahrnehmung der Schutzverantwortung nur die Option militärischer Interventionen in Betracht gezogen und zivile Mechanismen der Krisen- und Gewaltprävention sowie der Konfliktbearbeitung außer Acht gelassen würden. Die Erfahrungen mit militärisch geführten Friedensmissionen hätten verdeutlicht, dass diese schnell an die Grenzen des Konfliktmanagements gelangten und ein hohes Risiko des Scheiterns in sich bargen. Eine dauerhafte Friedenskonsolidierung bedürfe folglich der langfristigen Unterstützung durch zivile Instrumente der Konfliktnachsorge sowie der frühzeitigen Einbindung von lokalen Führungskräften (*local ownership*). Solche Ansätze würden aber nach wie vor vernachlässigt.

Prof. Rittberger unterstrich, dass die Friedensmissionen trotz der insgesamt sehr gemischten Erfolgsbilanz positive Wirkungen gezeigt hätten. So sei die Zahl der Gewaltkonflikte laut der Berechnungen im Human Security Report in den Jahren 1992 bis 2003 deutlich zurückgegangen, was vermutlich auch auf die vermehrten internationalen Einsätze zurückzuführen sei. Die Friedensmissionen stünden vielfach vor neuen Herausforderungen, mit denen grundlegende völkerrechtliche Fragen verbunden seien. Das Fachsymposium solle erste Orientierungspunkte vermitteln, wie die rechtlichen Problemfelder zu bewerten seien, und welche Lösungsansätze möglich erscheinen.

Prof. Dr. Georg Nolte, HU Berlin, wies in seinem Beitrag darauf hin, dass das Völkerrecht den Rechtsbegriff des „bewaffneten Konflikts“ verwende, der deutlich über Krieg im allgemeinen Sprachgebrauch hinausgehe. Dieser Begriff sei maßgeblich für die Anwendung völkerrechtlicher Regeln auf militärische Friedensmissionen. Die am meisten verbreitete Definition stamme aus dem Tadic-Urteil des Jugoslawientribunals. Hiernach reiche der Raum, in dem das humanitäre Völkerrecht anzuwenden sei, weit über das Gebiet unmittelbarer Kampfhandlungen hinaus. Diese weitreichende Anwendung bedeute indessen nicht, dass in einem bewaffneten Konflikt dasselbe wie im Krieg erlaubt sei, weil auch hier der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten sei. Prof. Nolte machte ferner deutlich, dass unabhängige nationale und internationale Instanzen zunehmend die Einhaltung des anwendbaren Rechts im Rahmen von Friedensmissionen überprüfen werden, weshalb es auch für die Bundeswehr geboten sei, nach dem Vorbild der USA, Großbritanniens und Israels eine einsatzbegleitende Rechtsberatung einzurichten. Bei der Frage der allgemeinen verfassungsrechtlichen Rechtsgrundlage bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr hänge es im Hinblick auf das Bedürfnis der Soldaten nach Rechtssicherheit von der Politik

ab, welches Gewicht diesem Thema beigemessen werde. Die konkreten Einsatzmaßnahmen jedoch müssten gemäß den verfassungs- und völkerrechtlichen Normen danach beurteilt werden, welche grund- und menschenrechtlichen Anforderungen sie zu erfüllen haben. Hierbei seien sach- und situationsbedingte Maßstäbe zu berücksichtigen.

Vor aktuellem Hintergrund analysierte Prof. Dr. Andreas Paulus, Juristische Fakultät der Universität Göttingen,[31] die „Völker- und verfassungsrechtlichen Aspekte der Bekämpfung von Piraterie". An den Operationen vor der somalischen Küste, die auf der Grundlage von Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erfolgten, nähmen Kriegsschiffe aus 25 Nationen mit unterschiedlichen Mandaten teil. Dies werfe zahlreiche rechtliche Fragen auf. Die deutsche Beteiligung demonstriere beispielhaft die Verschränkung von Völkerrecht, Europarecht und nationalem Verfassungsrecht. In seinem Beitrag diskutierte Prof. Paulus zunächst die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Auslandseinsätzen deutscher Streitkräfte zur Bekämpfung der Piraterie. Grundsätzliche Fragen entstünden schon allein aus der Tatsache, dass die Piraten als nichtstaatliche Akteure einzustufen seien, deren Zielsetzungen und Gewaltdelikte eher mit Formen organisierter Kriminalität zu vergleichen seien, die kein militärisches Eingreifen als zulässig erscheinen lasse. Von zentraler Bedeutung für die verfassungsrechtliche Legitimation sei die völkerrechtliche Rechtfertigung, deren Grundlagen am Beispiel internationaler Übereinkommen zum Seerecht und zur Seeschifffahrt sowie der einschlägigen Artikel der VN-Charta und Sicherheitsratsresolutionen erörtert werden. Bei einer genaueren Betrachtung des rechtlichen Rahmens blieben jedoch noch zahlreiche völker- und verfassungsrechtliche Fragen offen, die im weiteren Diskurs zwischen Wissenschaft und Praxis zu diskutieren seien.

Prof. Dr. Stefan Oeter, Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg, wandte sich in seinem Beitrag den „Aktuellen Problemen des Humanitären Völkerrechts bei Auslandseinsätzen – Terrorismusbekämpfung, ‚*Unlawful Combatants*' und Schutz der Zivilbevölkerung" zu. Er wies darauf hin, dass das humanitäre Völkerrecht durch die internationalen Friedensmissionen einen erheblichen Bedeutungsgewinn erzielt habe. Für die deutsche Seite habe insbesondere der Afghanistan-Einsatz einen Perspektivwechsel ausgelöst, da die Bundeswehr nicht mehr nur für die Herstellung einer polizeilichen Ordnung, sondern in bestimmten Zusammenhängen auch zur Bekämpfung aufständischer Verbände eingesetzt werde. Das klassische humanitäre Völkerrecht weise an einigen Stellen allerdings erhebliche Grauzonen auf, so z. B. bei der Abgrenzung der unmittelbaren Beteiligung an Feindseligkeiten und der grundsätzlichen Forderung nach dem Schutz von Zivilisten. An der umstrittenen Einstufung von Rauschgifthändlern als Kombattanten werde dieses Spannungsfeld besonders deutlich. Auch die Inkaufnahme von zivilen Opfern bei der Bekämpfung von Aufständischen, die häufig als „Kollateralschäden" bezeichnet werden, lasse sich kaum mit dem Gebot der Verhältnismäßigkeit im humanitären Völkerrecht in Einklang bringen. Zusätzliches Problempotenzial zeige sich bei der Behandlung gefangener Kämpfer, für deren Festnahme durch Bundeswehrsoldaten keine eindeutige Rechtsgrundlage bestehe. Schließlich erörterte Prof. Oeter auch die Frage der strafrechtlichen Verfolgung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht. Hier handle es sich keineswegs nur um eine akademische Frage. Für denkbare Fälle im Rahmen von Auslandseinsätzen sei Deutschland nicht gut aufgestellt, da keine effektive Strafverfolgung gewährleistet werden könne. Das deutsche Recht sowie die politische und militärische Führung müssten sich offensiver diesen Herausforderungen stellen.

„‚*Warfare*' oder ‚*Law Enforcement*'? Die Unterscheidung zwischen militärischen und polizeilichen Maßnahmen aus völkerrechtlicher Perspektive" lautete der Titel des Beitrags von Prof. Dr. Thilo Marauhn, Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Gießen, zum

31 Prof. Dr. Andreas Paulus wurde inzwischen zum Richter am Bundesverfassungsgericht berufen.

Fachsymposium. Hierin griff er eine auch auf Ebene der Vereinten Nationen geführte Debatte („*Formed Police Units*“) darüber auf, ob die Aufgaben im Rahmen von Friedensmissionen durch den „klassischen“ Einsatz von Streitkräften zielführend gelöst werden können oder ob diese nicht durch Polizeimissionen ergänzt oder gar ersetzt werden sollten. Zwei empirische Entwicklungen hätten wesentlich zur Relativierung der klaren Unterscheidung zwischen militärischen und polizeilichen Maßnahmen beigetragen. So sei der Auftrag an die Friedensmissionen teilweise erheblich erweitert worden. Hierzu zählten nun auch Treuhand- und Territorialverwaltungen sowie polizeiliche Aufgaben. Außerdem habe der Sicherheitsrat der VN seinen Aktionsradius auf neue Bereiche wie die Bekämpfung des Terrorismus, der Seeräuberei und der organisierten Kriminalität ausgeweitet, die Gewaltmaßnahmen gegenüber nichtstaatlichen Akteuren nach sich zögen. In völkerrechtlichen Verträgen werde nur in wenigen Ausnahmefällen eine Unterscheidung zwischen militärischen und polizeilichen Maßnahmen festgehalten. In jüngerer Zeit könnten einschlägige Differenzierungen bei der Bekämpfung von Terrorismus und Piraterie beobachtet werden. Die Rechtsgrundlagen für Friedensmissionen seien bislang vor allem durch funktionale Unterscheidungen, nicht jedoch durch formelle und organisationsrechtliche Definitionen gekennzeichnet. Prof. Marauhn hielt es für wünschenswert, dass sowohl eine völkerrechtliche als auch eine politische Klarstellung vorangebracht wird.

Prof. Dr. Volker Epping, Juristische Fakultät der Universität Hannover, widmete seinen Vortrag dem „(Wieder-) Aufbau staatlicher Strukturen in Nachkriegsgesellschaften“. Er stellte zunächst fest, dass gescheiterte Staaten keine rechtsfreien Räume darstellten, sondern die Völkerrechtssubjektivität fortbestehe. Während die rechtliche Grundlage des Einschreitens der Staatengemeinschaft durch Resolutionen des Sicherheitsrats der VN hinreichend gesichert sei, stelle die Absteckung eines rechtlichen Rahmens für das Engagement in der Post-Konflikt-Phase einen zentralen völkerrechtlichen Diskussionsgegenstand dar. Grundlegend für die beteiligten Akteure seien die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, das Regelungen zum Besatzungsrecht enthalte. Hieraus leite sich jedoch keine Befugnis zur Änderung des Institutionengefüges ab, wie sie im Rahmen von Interventionen zur Wiederherstellung bzw. Neuordnung von Staatlichkeit wiederholt angestrebt worden sei. Zentrale völkerrechtliche Parameter für die Post-Konflikt-Phase seien die Souveränität der Staaten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenrechte. Während ein absoluter Souveränitätsanspruch der Staaten heute nicht mehr vertreten werden könne, verbiete das Selbstbestimmungsrecht das Überstülpen neuer politischer Ordnungen. Die Völker müssten vielmehr in die Lage versetzt werden, ihr inneres Selbstbestimmungsrecht effektiv auszuüben. Da die vorhandenen völkerrechtlichen Instrumente des Friedens- und Kriegsvölkerrechts sowie des humanitären Völkerrechts nicht ausreichten, um die Aufgaben der Post-Konflikt-Phase zu bewältigen bzw. problematische Grauzonen zu vermeiden, sei es zwingend erforderlich, dass die Mandate des Sicherheitsrats der VN klare Regelungen zu den anwendbaren Rechtsstandards enthielten. Darüber hinaus sei zu einem frühen Zeitpunkt der zeitliche Rahmen der Missionsdurchführung (*Exit*-Option) zu benennen. Die internationalen Verwaltungsmissionen müssten zudem einer wirksamen Kontrolle unterliegen. Generell sei es von grundlegender Bedeutung, dass die internationalen Interventionen eine unstreitige Legitimation erhielten. Rechtsicherheit und Rechtmäßigkeit erhöhten die Akzeptanz durch die betroffene Bevölkerung und eröffneten die Möglichkeit einer aktiven Mitgestaltung durch lokale Akteure.

Die Beiträge des Fachsymposiums werden 2010 in der Reihe „Arbeitspapiere DSF“ veröffentlicht.

3. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit

Termine, die der nationalen und internationalen Vernetzung der Stiftung sowie ihrer Repräsentation bei öffentlichen Veranstaltungen dienen, werden insbesondere durch die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands wahrgenommen.

Zu den herausragenden Ereignissen im Berichtsjahr gehörte der Besuch des damaligen Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler am 18. März 2009 in Osnabrück. Das Staatsoberhaupt informierte sich über die vielfältigen Friedensaktivitäten in der Stadt. Prof. Dr. Volker Rittberger nahm für die Deutsche Stiftung Friedensforschung an den Gesprächen teil.

Anlässlich der Verleihung des Erich Maria Remarque-Friedenspreises am 18. September 2010 stattete der Bundespräsident (rechts im Bild) der Friedensstadt einen weiteren Besuch ab.

Er hielt die Laudatio für den Preisträger, den schwedischen Autor Henning Mankell (links im Bild). Prof. Rittberger repräsentierte die Stiftung bei der Preisverleihung.

Des Weiteren nahmen Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands am Jahreskolloquium 2009 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) in Nürnberg (3. bis 5. April 2009) sowie an der Verabschiedung von Dr. Winrich Kühne, Direktor des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) am 17. Juni 2010 in Berlin teil. Auch bei der Festveranstaltung zum 50jährigen Bestehen der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) am 23. Oktober 2009 in Berlin waren Repräsentanten der Stiftung anwesend.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands der DSF führten zudem zahlreiche Informationsgespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertretern und Vertreterinnen der Bundesministerien und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Ferner informierten sie sich bei Terminen mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der Friedens- und Konfliktforschung über laufende und geplante Forschungsvorhaben.

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung wurde im Oktober 2000 als Stiftung bürgerlichen Rechts durch die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Sitz der Stiftung ist die Friedensstadt Osnabrück. Die DSF ist als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt. Die Stiftung ist eine Einrichtung der Forschungsförderung, deren Aufgabe darin besteht, wissenschaftliche Vorhaben und strukturelle Entwicklungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen.

Die Stiftungssatzung legt die Aufgaben und Ziele der DSF sowie ihre Organstruktur fest. Laut § 2 der Satzung verfolgt die Stiftung den Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen."

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, indem die Stiftung wissenschaftliche Projekte der Friedens- und Konfliktforschung fördert und initiiert, nationale und internationale wissenschaftliche Konferenzen durchführt und die Ausbildung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützt. Eigene wissenschaftliche Untersuchungen führt die Stiftung nicht durch.

1. Stiftungsrat

Das Leitungsorgan der Stiftung ist der Stiftungsrat. Ihm gehören 15 Mitglieder an, die durch die Stifterin, die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, berufen werden. Sie vergibt die Mandate für einen Zeitraum von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederbestellung ist möglich.

Der Stiftungsrat legt die Leitlinien der Forschungsförderung fest und entscheidet über die Vergabe der Fördermittel. Er beschließt den jährlichen Wirtschaftsplan, der Angaben über die erwarteten Erträge aus dem Stiftungsvermögen und über die geplanten Aufwendungen für Fördermaßnahmen, Initiativprojekte und institutionelle Kosten enthält. Außerdem erstellt er eine Jahresrechnung und einen Tätigkeitsbericht. Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden und/oder die beiden stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Gemeinsam bilden diese den Geschäftsführenden Vorstand.

Vorsitzender des Stiftungsrats war im Berichtsjahr Dr. Volker Rittberger, Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, der das Amt seit September 2003 innehatte.[32] Stellvertretende Vorsitzende waren Wolf-Michael Catenhusen, ehemals Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Forschung (BMBF),[33] und Dr. Martina Fischer, stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung in Berlin.

Der Stiftungsrat setzt sich satzungsgemäß aus acht Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, darunter ein Vertreter/eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie vier Vertretern/Vertreterinnen der Bundesregierung und drei Mitgliedern des Deutschen Bundestages zusammen.

---

32 Am 22. April 2010 wurde Prof. Dr. Michael Brzoska zum Vorsitzenden der DSF gewählt, nachdem Prof. Dr. Volker Rittberger sein Amt aus schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen vorzeitig zur Verfügung gestellt hatte.

33 Wolf-Michael Catenhusen schied Ende Februar 2010 aus dem Stiftungsrat aus. Der Stiftungsrat wählte Dr. Helge Braun, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, am 22. April 2010 zum stellvertretenden Stiftungsvorsitzenden.

In dieser Zusammensetzung kam der Stiftungsrat am 07. Mai 2009 und am 03. Dezember 2009 zu zwei ordentlichen Sitzungen zusammen.

Dem Gremium gehörten am Jahresende 2009 folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Ulrike Beisiegel
Direktorin des Instituts für Biochemie und Molekularbiologie II: molekulare Zellbiologie, Universität Hamburg

Prof. Dr. Michael Brzoska
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Wolf-Michael Catenhusen
Staatssekretär a.D.

Prof. Dr. Christopher Daase
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Tobias Debiel
Direktor des Instituts für Frieden- und Entwicklung (INEF) an der Universität Duisburg-Essen

Dr. h. c. Gernot Erler
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Staatsminister a. D.

Dr. Martina Fischer
Stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin

Karin Kortmann
Ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin a. D.

Dr. Karl A. Lamers
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Prof. Dr. Georg Nolte
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Ulrich Ratsch
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg

Hans Raidel
Ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU)

Prof. Dr. Volker Rittberger
Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen

Christian Schmidt
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Heinz Schmitt
Ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD)

Im Berichtsjahr wurden drei neue Mitglieder in den Stiftungsrat der DSF berufen:

Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, Direktorin des Instituts für Biochemie und Molekularbiologie II: molekulare Zellbiologie der Universität Hamburg, rückte im Mai 2009 für Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer, Universität Hamburg, in das Gremium nach, deren Mandat satzungsgemäß nicht mehr verlängert werden konnte.

Ebenfalls im Mai 2009 wurde **Dr. Ulrich Ratsch**, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg, in den Stiftungsrat berufen, dem er bereits in den Jahren 2001 bis 2004 angehört hatte. Das Mandat rotiert unter den Vertretern der kirchlichen Friedensforschungsinstitute in einem fünfjährigen Rhythmus. Prof. Dr. Gerhard Beestermöller, Institut für Theologie und Frieden (IThF), Hamburg, schied aus dem Stiftungsrat aus.

Im Oktober 2009 wurde **Prof. Dr. Tobias Debiel**, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen, in den Stiftungsrat berufen. Er rückte für Prof. Dr. Harald Müller nach, der sein Mandat im Mai 2009 vorzeitig zur Verfügung gestellt hatte. Anlass für diesen Schritt war der im April 2009 vollzogene Wechsel von Prof. Dr. Christopher Daase von der LMU München an die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. bzw. die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Hierdurch wäre die HSFK mit zwei Sitzen im Stiftungsrat vertreten gewesen.

Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer und Prof. Dr. Harald Müller hatten dem Stiftungsrat seit Gründung der DSF angehört, und somit maßgeblichen Anteil am erfolgreichen Aufbau der Förderaktivitäten. Die Stiftung dankt Prof. Dr. Gerhard Beestermöller, Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer und Prof. Dr. Harald Müller und für ihre engagierte Mitwirkung.

Infolge der Wahlen zum Deutschen Bundestag und der Regierungsneubildung hat sich die Zusammensetzung des Stiftungsrats der DSF im Jahr 2010 geändert. Die Berufungen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung erfolgten im Laufe des ersten Quartals 2010. Neue Mitglieder des Stiftungsrats sind Dr. Helge Braun MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung; Dr. Werner Hoyer MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt; Gudrun Kopp MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Marina Schuster MdB (Fotos von links nach rechts).

2. Wissenschaftlicher Beirat

Die Satzung eröffnet der Stiftung die Möglichkeit, einen Wissenschaftlichen Beirat zu berufen. Dieser berät den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand insbesondere in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsförderung und der Vermittlung der aus den geförderten Projekten hervorgehenden Forschungsergebnisse. Die Mitglieder stehen der Stiftung außerdem für gutachterliche Tätigkeiten zur Verfügung.

Die Geschäftsordnung des Stiftungsrates legt fest, dass der Beirat bis zu zwanzig Personen umfassen kann. Die Mandatszeit beträgt drei Jahre. Zum Jahresende 2009 zählte der Beirat 18 Mitglieder. Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats ist Dr. Constanze Stelzenmüller (Bild links), Senior Transatlantic Fellow „*The German Marshall Fund of the United States*“.

Dem Beirat gehören seit Juni 2007 folgende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an:

Dr. Constanze Stelzenmüller (Vorsitzende)
The German Marshall Fund of the United States, Berlin

Prof. Dr. Martin Kalinowski (stellv. Vorsitzender)
Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg

Prof. Dr. Mathias Bös
Zentrum für Konfliktforschung, Phillips-Universität Marburg

Prof. Dr. Marie-Janine Calic
Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Horst Fischer
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Brussels Office

Dr. Volker Franke
Bonn International Center for Conversion (BICC)/Associate Professor of Political Science & International Studies, McDaniel College, Westminster (Maryland/USA)

Prof. Dr. Wolfgang Frindte
Institut für Kommunikationswissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Gerhard Beestermöller
Institut für Theologie und Frieden (IThF), Hamburg

Prof. em. Dr. Karl Holl
Ludwig-Quidde-Stiftung, Bremen

Uli Jäger
Institut für Friedenspädagogik e.V., Tübingen

Prof. em. Dr. Kathryn Nixdorff
Institut für Mikrobiologie und Genetik, Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf
Fachhochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

Prof. Dr. Dirk Messner
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Dr. Anita Müller
swisspeace, Bern

Prof. Dr. Götz Neuneck
Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS), Hamburg

Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst des Landes Sachsen

Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Senghaas
Institut für Internationale und Interkulturelle Studien (InIIS), Universität Bremen

Dr. Cornelia Ulbert
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen

Im Mai 2009 wurde Prof. Dr. Gerhard Beestermöller neu in der Wissenschaftlichen Beirat berufen. Darüber hinaus beschloss der Stiftungsrat auf seiner Sitzung am 03. Dezember 2009, Dr. Ulrich Schneckener, Professor für Internationale Beziehungen/Frieden- und Konfliktforschung an der Universität Osnabrück mit Wirkung zum 1. Januar 2010 in das Beratungsgremium aufzunehmen.

Die alljährliche Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats fand am 08. Oktober 2009 in Osnabrück statt. Der Stiftungsvorsitzende, Prof. Dr. Volker Rittberger, unterrichtete die Mitglieder über die institutionelle Entwicklung der DSF und gab einen Überblick über die neu in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben. Des Weiteren berichtete er über die stiftungseigenen Transferveranstaltungen zu Fragen der menschlichen Sicherheit mit der CSU in München und zu den Herausforderungen im Bereich des Völkerrechts mit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Wichtigster inhaltlicher Tagesordnungspunkt der Beiratssitzung war die Diskussion über die Fortschreibung bzw. Neufassung der Leitlinien der Forschungsförderung der DSF. Die Mitglieder des Beirats waren durch den Stiftungsrat darum gebeten worden, die gültigen Leitlinien einer Prüfung zu unterziehen und Vorschläge zu unterbreiten, wie das künftige Programmpapier der Stiftung gestaltet werden soll. Der Beirat beschloss, die Diskussion über die neuen Leitlinien in einem mehrstufigen Verfahren zu führen und dem Stiftungsrat anschließend Vorschläge für eine Überarbeitung der Leitlinien vorzulegen.

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Der Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist Osnabrück. Im Steinwerk Ledenhof befindet sich die Geschäftsstelle der Stiftung, die mit zweieinhalb Personalstellen ausgestattet ist. Sie wird seit August 2001 durch den Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, geleitet. Zum Team der Geschäftsstelle gehören ferner Sabine Podranski, die das Aufgabengebiet Sekretariat und Sachbearbeitung betreut, sowie Petra Menke, die für die Lohn- und Finanzbuchhaltung und die Internetpräsenz der Stiftung zuständig ist. Ergänzt wird das Team regelmäßig durch studentische Praktikanten und Praktikantinnen.

Die Geschäftsstelle bereitet die Sitzungen der Stiftungsorgane vor und führt deren Beschlüsse aus. Sie bereitet den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und den Tätigkeitsbericht der DSF vor. Die Geschäftsstelle übernimmt zudem Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltungen der Stiftung. Schließlich betreut sie auch die stiftungseigenen Veröffentlichungen „Jahresberichte“, „Forum DSF“, „DSF Forschung“, „Arbeitspapiere DSF“ und „DSF-Info“.

4. Die Schirmherrschaft

Schirmherr der Deutschen Stiftung Friedensforschung war bis November 2009 Bundespräsident Dr. Horst Köhler. Eine Fortsetzung der Schirmherrschaft war nicht möglich, weil mit Beginn der neuen Amtszeit des Bundespräsidenten neue Institutionen und Initiativen eine Chance erhalten sollten, die Schirmherrschaft in Anspruch zu nehmen. Der Bundespräsident versicherte der Stiftung und ihrer wertvollen Arbeit jedoch seine Wertschätzung.

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht

Die ausschüttungsfähigen Erträge aus der Vermögensbewirtschaftung bilden die finanzielle Grundlage, mit der die DSF ihre Förderleistungen und ihre institutionellen Kosten abdeckt.

Zudem kann die Stiftung gemäß § 3 (2) der Stiftungssatzung ihre finanziellen Handlungsspielräume dadurch ausweiten, dass sie einen Teil des Stiftungsvermögens für Förderzwecke verzehrt. Von dieser Klausel machte die DSF in den Jahren 2002 bis 2004 Gebrauch, um hinreichende Mittel für das Sonderprogramm zur Struktur- und Nachwuchsförderung bereit stellen zu können. Diese Substanzverluste des Stiftungsvermögens wurden in den Jahren 2004 bis 2007 durch Zuwendungen des Bundes wieder ausgeglichen.

Im Berichtsjahr bewilligte die Stiftung Fördermittel in Höhe von 250 Tsd. Euro für die Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt, die ebenfalls durch einen Verzehr von Stiftungskapital finanziert wird.

Die DSF setzt sich jedoch grundsätzlich das Ziel, das Stiftungskapital in seinem nominalen Wert (27,06 Mio. €) ungeschmälert zu erhalten. In Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage soll zudem durch Rücklagenbildung auch ein Beitrag zum Werterhalt geleistet werden.

Die Stiftung hat zwei Banken mit der Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens beauftragt. Die Kapitalanlagen umfassen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fondsanteile, Zertifikate und Immobilienfonds. Auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt ein Mindestanteil von 75 Prozent, Aktien und aktienähnliche Produkte können in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage bis zu 25 Prozent ausmachen. Die Bewertung erfolgte ausnahmslos zu Anschaffungswerten, auch wenn die beizulegenden Zeitwerte in Einzelfällen unter den Anschaffungskosten lagen. Die Stiftung bilanziert im Jahr 2009 insoweit abweichend von den Vorschriften des HGB.

Maßgeblich für die rentierliche Anlage des Kapitals sind die von der Stiftung vorgegebenen „Grundsätze für die Vermögensbewirtschaftung“. Der Stiftungsrat verabschiedete auf seiner Sitzung am 7. Mai 2009 eine Neufassung der „Grundsätze“, in welche die Erfahrungen mit den Anlagestrategien der letzten Jahre, u.a. auch mit der Finanzmarktkrise des Jahres 2008, einflossen. Sie ersetzt die erste Fassung der „Grundsätze“, die noch aus der Gründungszeit der Stiftung stammte.

Die Neuregelungen betreffen insbesondere die zulässigen Anlageklassen, die in einer Positivliste zusammengefasst wurden. Darüber hinaus wurden neue Instrumente für das Risikomanagement und erweiterte Berichts- und Dokumentationspflichten in die Grundsätze aufgenommen, um das stiftungsinterne Controlling zu stärken.

Dem Stiftungsrat lag auf seiner Sitzung vom 3. Dezember 2009 ein Zwischenbericht zur Umsetzung der neuen Bestimmungen vor.

1. Bilanz 2009

Die Bilanzsumme zum 31.12.2009 beträgt 28,8 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Mio. Euro verringert. Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 26,6 Mio. Euro und liegt um 2,4 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Es besteht fast ausschließlich aus Wertpapieren. Das Umlaufvermögen beträgt zum Stichtag rund 2,1 Mio. Euro und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Mio. Euro verringert. Die Verschiebung ist zum einen auf die Investition liquider Mittel in Wertpapiere zurückzuführen, zum anderen auf den Abbau der Verbindlichkeiten durch Zahlungen an die Projektnehmer.

Auf der Passivseite veränderte sich die Bilanzsumme vor allem durch die Verringerung von Verbindlichkeiten für die Projektförderung. Für die Forschungsprojektförderung gingen diese um rund 220 Tsd. Euro zurück, im Bereich der Struktur- und Nachwuchsförderung um rund 330 Tsd. Euro. Das Eigenkapital wurde um den Jahresfehlbetrag 2009 geschmälert.

2. Ertragsrechnung 2009

Die Erträge aus Vermögensbewirtschaftung der Stiftung weisen einen positiven Betrag in Höhe von 1,07 Mio. Euro aus. Die Differenz zum negativen Ergebnis des Vorjahres, als infolge der Finanzmarktkrise Vermögensverluste zu verzeichnen waren, beträgt rund 1,5 Mio. Euro. Im Jahr 2009 konnte nur ein geringfügiger Umschichtungserlös erzielt werden. Die ordentlichen Erträge der Stiftung sind im Vergleich zu 2008 um rund 60 Tsd. Euro niedriger ausgefallen. Hierin spiegelt sich insbesondere das stark rückläufige Zinsniveau auf den Kapitalmärkten wider.

Das Jahresergebnis vor Verwendung liegt mit 729 Tsd. Euro um rund 1,5 Mio. Euro über dem Wert des Jahres 2008. Insgesamt schließt das Jahr 2009 mit einem Verlust von 161 Tsd. Euro ab. Dieser negative Betrag ist darauf zurückzuführen, dass die Fördermittel in Höhe von 250 Tsd. Euro für die Einrichtung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur durch einen Verzehr von Stiftungsvermögen finanziert werden.

Für Förderleistungen werden 2009 insgesamt 964 Tsd. Euro zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszweckes somit um rund 85 Tsd. Euro. Berücksichtigt man den Betrag, der in die Struktur- und Nachwuchsförderung fließt, so ergibt sich eine Reduzierung der übrigen Förderleistungen in Höhe von 335 Tsd. Euro. Die Rückflüsse haben sich von 129 Tsd. Euro in 2008 um 55 Tsd. Euro auf 74 Tsd. Euro in 2009 verringert.

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
Aktiva		
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	46.027,85	56.781,75
II. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	26.621.137,85	24.175.467,26
	26.667.165,70	24.232.249,01
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen, insbes. aus Zinsansprüchen	432.661,10	407.688,61
Sonstige Vermögensgegenstände	16.815,61	15.487,45
II. Liquide Mittel	1.685.789,15	4.872.257,07
	2.135.265,86	5.295.433,13
Bilanzsumme	**28.802.431,56**	**29.527.682,14**
Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital	27.725.367,81	27.725.267,81
II. Ergebnisrücklagen	146.638,53	1.680.000,00
III. Verlustvortrag	-465.220,71	-314.294,02
IV. Jahresfehlbetrag	-161.357,74	-1.684.288,16
	27.245.427,89	27.406.685,63
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	33.471,00	40.390,59
C. Rückstellungen	9.208,84	7.274,17
D. Verbindlichkeiten		
I. Zusagen Projektförderung	719.356,49	940.316,20
II. Zusagen Struktur- und Nachwuchsförderung	711.711,00	1.040.750,00
III. Sonstige Verbindlichkeiten	83.256,34	92.265,55
	1.557.003,67	2.073.331,75
Bilanzsumme	**28.802.431,56**	**29.527.682,14**

		2009	2008
		€	€
A.			
	I. Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**1.070.539,11**	**-418.365,07**
	1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	1.030.059,04	1.062.236,78
	2. Zinsen aus Festgeldern	15.678,97	52.759,62
	3. Finanzergebnis (aus Verkauf Finanzanlagen)	14.038,60	-1.533.361,47
	4. Sonstige Erträge	10.762,50	0,00
	II. Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**133.869,31**	**140.326,75**
	1. Managementgebühren Banken	129.500,47	139.641,88
	2. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00
	3. Steuern (hier: Kapitalertragsteuer)	4.368,84	684,87
	III. Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**936.669,80**	**-558.691,82**
B.			
	I. Erträge aus Verwaltung	**11.143,09**	**11.551,53**
	1. Auflösung Sonderposten für Umbaumaßnahmen	6.919,59	6.919,59
	2. Sonstige Erträge, insbes. aus Vermietung Saal	4.223,50	4.631,94
	II. Aufwendungen aus Verwaltung	**219.287,08**	**217.205,31**
	1. Personalaufwendungen	145.611,75	140.220,47
	2. Abschreibungen auf Sachanlagen	14.293,15	14.827,01
	3. Sonstiger betrieblicher Aufwand	59.382,18	62.157,83
	III. Ergebnis aus Verwaltung	**-208.143,99**	**-205.653,78**
C.	**Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes**	**728.525,81**	**-764.345,60**
D.	**Aufwendungen und Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes**	**889.883,55**	**919.942,56**
	1. Projektförderung – Neubewilligungen	699.111,00	1.008.963,62
	2. Projektförderung – Evaluierung und Forschungsberichte	7.425,98	18.041,87
	3. Rückzahlungen Projektförderung	-69.860,92	-118.428,50
	4. Nachwuchsförderung – Neubewilligungen	250.000,00	0,00
	5. Rückzahlungen Nachwuchsförderung	-4.062,68	-6.167,79
	6. Wissenschaftliche Eigeninitiativen	7.270,17	22.046,87
	7. Förderung durch Dritte	0,00	-4.513,51
E.	**Jahresergebnis**	**-161.357,74**	**-1.684.288,16**

Die Jahresrechnung wurde satzungsgemäß vom Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Hermann Everding, Bad Iburg, geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt.

VI. Anhang

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2009 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben

Global Economic Costs of Conflict (GECC)	
Laufzeit: 24 Monate Juni 2009 bis Mai 2011 Fördersumme: 149.400,00 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Tilman Brück** Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

Projektzusammenfassung

Die Auswirkungen von Konflikten auf die Zivilbevölkerung sind enorm. Ziel dieses Forschungsprojekts ist es, die globalen volkswirtschaftlichen Kosten von gewaltsamen Massenkonflikten zu schätzen sowie diese Schätzungen auf nationaler Ebene und über die Zeit weiter zu verfolgen. Dabei werden unterschiedliche sozioökonomische Übertragungsmechanismen untersucht, durch die Konflikte die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften kurz- und langfristig beeinflussen.

Die Folgen bewaffneter Konflikte für zentrale physische Lebensbedürfnisse werden hervorgehoben und in Geldwerten ausgedrückt. In der Praxis bedeutet dies, dass sich die Analyse auf ökonomische Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) konzentriert. Diese inklusive Forschungsstrategie erlaubt auch die Berücksichtigung von indirekten Auswirkungen von Konflikten, z.B. auf Bildung und Investitionen. Darüber hinaus ist es wichtig, die Wohlfahrtswirkungen eines Konfliktes nicht nur für die betroffenen Länder selbst, sondern auch für vom Konflikt beeinträchtigte Nachbarstaaten zu bestimmen. Eingeschlossen werden auch mittel- und langfristige Folgekosten von Konflikten, die über den Waffenstillstand hinaus entstehen. Die Studie untersucht also verschiedenste Wirkungskanäle, um so ein möglichst vollständiges Bild der durch gewaltsame Konflikte entstehenden Kosten zu erhalten.

Das Vorhaben strebt an, Fallstudienanalysen und sozialhistorische Darstellungen globaler Entwicklungen in Friedens- und Konfliktstudien durch verallgemeinerte und quantifizierte Einblicke zu ergänzen und zu unterstützen. Der konzeptionelle Rahmen für diese Studie bildet die Synthese aus bestehenden Ansätzen und empirischen Ergebnissen: Studien auf Mikro- und Makroebene zu den Kosten von gewaltsamen Konflikten, aber auch Studien aus dem Bereich der Friedensforschung und Wirtschaftswissenschaft. Der interdisziplinäre Ansatz ermöglicht die Analyse des zentralen Aspekts in der Friedens- und Konfliktforschung und erweitert damit das Wissen über Dynamik, Externalitäten und Risiken von Konflikten.

Mit transparenten und konkreten Schätzungen der ökonomischen Auswirkungen von Konflikten kann die Aufmerksamkeit auch auf Opportunitätskosten, also die indirekten Folgen von Gewaltkonflikten gelenkt werden. Argumente für frühe und effiziente Präventionsmaßnahmen lassen sich hierdurch untermauern. Das Projekt wird dazu beitragen, die ver-

schiedenen Mechanismen herauszuarbeiten, durch die gewaltsame Konflikte Volkswirtschaften beeinträchtigen. Hieraus können dann politische Handlungsempfehlungen für Prävention, Intervention, Wiederaufbau und langfristige Entwicklung in von Konflikten bedrohten oder betroffenen Regionen abgeleitet werden.

Unbemannte bewaffnete Systeme – Trends, Gefahren und präventive Rüstungskontrolle	
Laufzeit: 22 Monate April 2009 bis Januar 2011 Fördersumme: 117.157,00 Euro	Projektleiter: **Prof. Dr. Dieter Suter** Experimentelle Physik III, TU Dortmund

Projektzusammenfassung

Seit den 1970er Jahren haben viele Streitkräfte unbemannte Luftfahrzeuge (*Unmanned Aerial Vehicles*, UAV) zur Aufklärung eingesetzt; inzwischen werden sie von über 50 Ländern entwickelt, hergestellt oder genutzt. Seit einigen Jahren gibt es den Trend, sie zu bewaffnen. Die USA bekämpfen Gegner in Irak, Afghanistan und Pakistan mit pilotenlosen Flugzeugen, die von einer Zentrale in den USA aus ferngesteuert werden. Die Entscheidung, wer oder was mit einem Flugkörper angegriffen wird, wird auf Grund des per Satellit übermittelten Videobildes getroffen. Prototypen von Kampfflugzeugen sind in verschiedenen Ländern in Entwicklung, u.a. auch in Deutschland. Auch an Wasser- und Landfahrzeugen ohne Besatzung wird gearbeitet. Perspektivisch sollen bewaffnete unbemannte Fahrzeuge/Systeme ihre Ziele autonom aussuchen und bekämpfen. Leistungsfähige Waffensysteme ohne Besatzung an Bord würden den Streitkräften erhebliche Vorteile bieten. Bei breiter Einführung sind jedoch Gefahren abzusehen, die das Projekt in vier Schritten systematisch untersuchen soll.

1. **Erfassung des aktuellen Standes bei Forschung, Entwicklung und Stationierung unbemannter bewaffneter Systeme**

Hierbei wird auf den Vorreiter USA ein besonderer Schwerpunkt gelegt, einbezogen werden aber auch andere NATO-Staaten, einschließlich Deutschland, sowie Israel, Russland, China und weitere Rüstungsproduzenten/-exporteure wie Pakistan und Iran.

2. **Beschreibung der in den nächsten 20 Jahren zu erwartenden technischen Eigenschaften unbemannter bewaffneter Systeme mit ihren ungefähren Einführungszeiten.**

Die technischen Eigenschaften werden beschrieben, auf militärische Einsatzoptionen bezogen und in die militärischen Strategien eingeordnet. Auch die Möglichkeiten der Nutzung v.a. kleinerer Systeme durch nicht-staatliche Akteure werden untersucht. Besondere Fragen sind: Welche Optionen bieten unbemannte bewaffnete Systeme für Angriffe gegen nuklearstrategische Ziele? Kann man sichere Fernsteuerung über Satellit unter Gefechtsbedingungen gewährleisten? Was können autonome Systeme leisten, wo werden ihre Grenzen liegen – insbesondere in Bezug auf die Erkennung legitimer Ziele? Welche Gegenmaßnahmen können gegen bewaffnete UAVs ergriffen werden?

3. Beurteilung unter den Kriterien der präventiven Rüstungskontrolle

Gemäß dieser Kriterien wird eine neue Militärtechnik daraufhin hinterfragt, ob sich durch sie besondere Gefahren ergeben in Bezug auf Rüstungskontrolle, Kriegsvölkerrecht, Massenvernichtungswaffen, Stabilität, Wettrüsten, Proliferation, Mensch, Umwelt oder Gesellschaft. Bei bewaffneten unbemannten Systemen geht es insbesondere um den Druck zu automatischer Waffenauslösung, der sich ergeben wird, wenn viele Staaten solche Systeme besitzen: Die Verzögerungen bei der Übertragung der Fernsteuersignale können für eine wirksame Reaktion zu lang erscheinen, und die Funkverbindung kann gestört werden. Schnelles autonomes Schießen gefährdet die Stabilität in der Krise. Andere Themen sind: die Bedrohung westlicher Länder durch bewaffnete unbemannte Systeme möglicher Gegner oder von Terroristen, die Proliferation sowie die mögliche Umnutzung bzw. -rüstung zukünftiger ziviler unbemannter Systeme/Roboter.

4. Analyse von Begrenzungsoptionen und Verifikationsmöglichkeiten

Ein Spektrum möglicher vorbeugender Begrenzungen wird untersucht, von einem globalen Verbot bewaffneter unbemannter Systeme in allen Medien über partielle Beschränkungen (etwa ein Verbot bewaffneter unbemannter Landfahrzeuge) bis zu Minimallösungen (wie ein Verbot autonomer Angriffe oder ein gegen terroristische Nutzung gerichtetes Verbot nur kleiner bewaffneter Luftfahrzeuge). Parallel werden die erforderlichen Verifikationsmechanismen betrachtet. Die Überlegungen sollen in Empfehlungen für staatliches Handeln münden.

Weil die Entwicklung bei Luftfahrzeugen am weitesten vorangeschritten ist, bilden sie den Schwerpunkt der Arbeit. Die Methoden sind interdisziplinär, von Informationsbeschaffung aus Literatur und Interviews über Betrachtungen zu Militärtechnik-Folgen bis zu naturwissenschaftlich-technischen Abschätzungen. Die Ergebnisse sollen als Buch in einem akademischen Verlag erscheinen sowie in Berlin Fachkundigen und Entscheidungsträger(inne)n vorgestellt werden.

Feldevaluation friedensbauender Bildungsprojekte	
Laufzeit: 18 Monate März 2009 bis August 2010 Fördersumme: 119.376,00 Euro	Projektleiter: **Prof. em. Dr. Volker Lenhart** Institut für Bildungswissenschaft, Universität Heidelberg

Projektzusammenfassung

- **Fragestellung und Gegenstand der Forschung**

Der unter den Begriffen „*peace education*“ und „*education for reconciliation*“ zusammengefasste Beitrag von Bildung zum Friedensbau und zur Versöhnung ist als ein Teilthema des Diskussionszusammenhanges „Bildung und Konflikt“ bzw. „Bildung in akuten Notlagen“ zu verstehen, das erst neuerdings auch in einer erziehungswissenschaftlichen Perspektive hinsichtlich der Modellierung, Verknüpfung und Kontextbezogenheit friedensbauender Bildungsmaßnahmen strukturiert worden ist. Dennoch muss auch weiterhin konstatiert werden, dass es derzeit noch kaum Evaluationsstudien zur Wirksamkeit friedensbauender Bildungsprojekte gibt. Das gilt sowohl für die abschließende, d.h. summative Erfolgsfest-

stellung einzelner oder gebündelter Projekte als auch für die prozessbegleitende formative Erfolgsevaluation. Das Forschungsvorhaben soll einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu füllen, indem drei zentrale Ziele verfolgt werden:

1. Feststellung des Erfolgs friedensbauender Bildungsprojekte sowie unterschiedlicher Projektbündelungen;
2. Analyse und Darstellung der Zusammenhänge zwischen den Ergebnissen eines von der Forschungsgruppe konstruierten Einstellungsfragebogens und den Einschätzungen der Projektverantwortlichen mithilfe des ebenfalls entwickelten Bedingungsfragebogens;
3. Rückmeldung an die friedensbauenden Bildungsprojekte.

Das Forschungsprojekt ist dabei sowohl wissenschaftlich als auch anwendungspraktisch im Sinne der Beratung bei der Konzeption neuer Bildungsprojekte ausgelegt.

- **Definitionen**

„Friedensbauende Bildungsprojekte“ sind von Trägern für eine gewisse Zeit institutionalisierte und implementierte Formen der Unterstützung und Zusammenarbeit, in die friedensbauende Bildungsmaßnahmen eingelagert sind. Die Projekte sind gekennzeichnet durch ein definiertes Ziel, eine abgrenzbare Finanzierung und einen Organisationsrahmen, in dem zumindest die Projektakteure und die Zielgruppen festgelegt sind, mögen beide auch teilweise identisch sein.

„Projekttypen“ werden je nach den in den Projekten mehrheitlich realisierten Maßnahmenformen („Werkzeugen“) unterschieden in schulische Projekte, Projekte nonformaler Bildung und schulisch-nonformal kombinierte Projekte.

Um „schulische Projekte“ und „Projekte nonformaler Bildung“ handelt es sich, sofern alle Maßnahmenformen eines Projektes einheitlich einem Projekttyp zugeordnet werden können oder maximal eine Maßnahmenform einer anderen Kategorie entspricht. Handelt es sich um Projekte, die sowohl schulische Elemente aufweisen als auch im Bereich der nonformalen Bildung stattgefunden haben, werden sie als „schulisch-nonformal kombinierte Projekte“ kategorisiert.

„Konfliktländer“ sind solche staatlichen Einheiten, in denen während eines oder nach einem bewaffneten Konflikt friedensbauende Bildungsprojekte seit 2000 durchgeführt wurden. Aus forschungspraktischen Gründen werden die in einem vorherigen Forschungsprojekt der Projektgruppe gewählten Länder wiederum ausgewählt. Es handelt sich dabei um Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Israel/Palästina, Kolumbien, Nordirland, Ruanda, Sierra Leone, Somalia, Sri Lanka, Sudan.

„Konfliktkategorien“ sind Typisierungen bewaffneter Konflikte. Diese sind mit militärischen Mitteln ausgetragene soziale Konflikte. Damit gelten für sie deren allgemeine Definitionsmerkmale, also das Aufeinandertreffen unvereinbarer Erwartungen oder Handlungen mindestens zweier Parteien. Kriege sind nicht nur kurzzeitig mit Waffengewalt geführte Auseinandersetzungen zwischen Gruppen, die sich als Armee oder zumindest zentral gelenkte organisierte Streitmacht verstehen. Diese Gruppen konstruieren in bewaffneten Konflikten, insbesondere Kriegen, ihre Identität durch die Gegnerschaft zu anderen Gruppen, denen eine Feindidentität zugeschrieben wird. Wer als „Feind“ definiert wird, ist damit vor anderen Merkmalen, wie dem Konfliktgegenstand, der herausstechende Gesichtspunkt zur Typisierung bewaffneter Konflikte.

Im Forschungsprojekt wird hinsichtlich der Konfliktmerkmale zwischen nationalen, ethnischen, religiösen, kulturellen, politischen und ökonomischen Konfliktlinien unterschieden. Die einzelnen bewaffneten Konflikte sollen dabei exakt unter Rückgriff auf eine oder mehrere Konfliktlinien beschrieben werden. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass in einigen Konfliktländern die jeweilige Feindzuschreibung der Konfliktgruppen auf mehreren Faktoren beruht, können die Konfliktmerkmale miteinander kombiniert werden. „Konfliktkategorien“ sind folglich die verschiedenen sich ergebenden Kombinationen.

- **Forschungsverlauf**

Das Forschungsvorhaben gliedert sich in vier Forschungsphasen, die sich über einen Zeitraum von insgesamt 18 Monaten erstrecken.

Die Vorbereitungsphase (Monate 1-4) dient vornehmlich der Koordination und Planung des Forschungsprojektes. Neben einer Überarbeitung der Konflikttypisierungen für die einzelnen Länder werden die Regionalkoordinatoren ausgesucht, die die Projektmitarbeiter bei der Datenerhebung in den Konfliktgebieten unterstützen. Die Regionalkoordinatoren werden anschließend im Rahmen eines Workshops mit den Erhebungsinstrumenten vertraut gemacht.

In der Distributions- und Erhebungsphase (Monate 5-11) werden zunächst für jedes der Konfliktländer neun Projekte ausgewählt, jeweils drei schulischer, nonformaler und gemischter Kategorisierung. Insgesamt umfasst die Stichprobe in allen 10 Ländern folglich 90 Projekte. Für jedes der Projekte wird in einem Experimental-Kontrollgruppendesign der Einstellungsfragebogen eingesetzt, um den tatsächlichen Projekterfolg zu ermitteln. Dabei werden Personen, die an einem friedensbauenden Bildungsprojekt teilgenommen haben, mit einer Kontrollgruppe verglichen. Zur Sicherung der Validität der Daten wird der Einstellungsfragebogen zu zwei Zeitpunkten eingesetzt. Des Weiteren beantworten drei an der Planung und/oder Durchführung beteiligte Projektverantwortliche den Bedingungsfragebogen, so dass für jedes der Projekte drei Strukturkennzeichnungen vorliegen.

Während der Analyse- und Auswertungsphase (Monate 12-16) werden zunächst die gewonnenen Ergebnisse zusammengetragen und strukturiert. Im Anschluss wird für jedes Einzelprojekt sowie für die unterschiedlichen Projektbündelungen über die Daten des Einstellungsfragebogens der tatsächliche Projekterfolg ermittelt. Durch eine Varianzanalyse und ein qualitativ-interpretierendes Verfahren wird auf Grundlage der Angaben im Bedingungsfragebogen der Erfolgs-/Bedingungszusammenhang der einzelnen Projekte durchschaubar gemacht, wobei insbesondere der Aspekt der *local ownership* untersucht werden soll.

Im Rahmen der Bericht- und Veröffentlichungsphase (Monate 17-18) werden die Daten aufbereitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Verantwortung und Vertrauen als komplementäre Formen gesellschaftlicher Friedensstiftung	
Laufzeit: 21 Monate April 2010 bis Dezember 2011 Fördersumme: 143.380,00 Euro	Projektleiter: **PD Dr. Alfred Hirsch** Institut für Philosophie, Universität Flensburg

Projektzusammenfassung

Der Frieden ist in den vergangenen vierzig Jahren in den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen zum Thema und zum Forschungsobjekt geworden. Insbesondere die Politikwissenschaften und die Soziologie haben sich der „Friedens- und Konfliktforschung“ zugewandt. Umso erstaunlicher ist es, dass sich weder das Phänomen des Friedens noch dasjenige des Krieges zum verbreiteten Objekt intensiven philosophischen Nachdenkens entwickelt hat.

Kommt der Frieden in der zeitgenössischen Philosophie vor, wird er weitgehend mit Denkkategorien gedacht, die zwischen Hobbes und Kant entwickelt wurden. Die historischen Ereignisse des letzten Jahrhunderts und die Herausforderungen einer globalisierten Welt fordern aber eine neue Art, die Frage des Friedens zu stellen. Auch die neuen Entwicklungen der (philosophischen) Anthropologie, der Sozial- und politischen Philosophie, einer Philosophie der Sprache und der Kommunikation erfordern ein neues Denken des Friedens, das die Pluralität und die Sozialität der Menschen berücksichtigt. Vor dem Hintergrund dieser philosophischen Neuorientierungen eröffnen die ineinander verschränkten Dimensionen des Vertrauens und der Verantwortung neue Zugänge zur Friedensthematik.

Das vorliegende Projekt geht dabei von der Annahme aus, dass Frieden mehr ist als die Aussetzung des Kampfes und die Pause zwischen den Kriegen. Das, was das ‚Mehr’ des Friedens gegenüber dem bloßen ‚Unkrieg’ ist, gilt es zu entfalten. Dieses ‚Mehr’ soll auf der Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen und der gesellschaftlichen Lebenswelt gesucht und analysiert werden. Das Ziel des Projektes ist, die Genealogie des Friedens als Friedensstiftung und die Erhaltung des Friedens als Friedenswahrung mittels der Prozesse des Vertrauens und der Verantwortung zu analysieren. Die Bekräftigung der konstitutiven Rolle von sozialen Beziehungen für die Bildung einer friedfertigen Ordnung als notwendige Ergänzung zu institutionalistischen Ansätzen zeichnet das beantragte Projekt aus.

Vertrauensprozesse und Verantwortungsbeziehungen behaupten nicht nur in innergesellschaftlichen, d.h. nationalen Zusammenhängen, eine für Konfliktschlichtungen und Friedensentwicklungen herausgehobene Relevanz, sondern erlangen eine neue Bedeutung auch für globale Verhältnisse, da diese neben den zwischenstaatlichen Strukturen zunehmend von einer transnationalen Weltgesellschaft geprägt werden. Interpersonale und soziale Beziehungen erhalten in diesem Kontext ein besonderes Gewicht, das die zwischen- und transstaatlichen Institutionen nicht nur durch neue soziale Verbindlichkeiten ergänzt, sondern für deren Funktionieren und Weiterentwicklung sogar konstitutiv ist.

Ziel der geplanten Untersuchung ist es, die Frage der Möglichkeit friedfertiger Gesellschaften und ihrer Beziehung zueinander ausgehend von den zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen zu beschreiben. Aufbauend auf diesen Untersuchungsschritt sollen die

Voraussetzungen für die Verstetigung und Manifestierung von Friedenskräften in Staat und Recht durch Verantwortung und Vertrauen entfaltet werden.

Es soll dargestellt werden, ob und wie auf der Basis dieser Überlegungen über die Verantwortung und ihre Verankerung in den sozialen Beziehungen ein Element der sozialen Verbindlichkeit gewonnen werden kann, das friedfertig und friedenswirksam ist – und darüber hinaus zur friedensstiftenden Dynamik einer globalen Zivilgesellschaft beizutragen vermag. Hieran anzuknüpfen ist der Entwurf der Überführung der skizzierten tendenziell unbegrenzten interindividuellen und sozialen Verantwortung in eine Begrenzung und Institutierung von Verantwortung. Denn dauerhaft muss eine unendliche Verantwortung zur Überforderung des Individuums und damit zum Scheitern eines Verantwortungskontinuums führen.

Ein weiteres Ziel des Projektes ist es zu entwickeln, erstens ob und wie das Vertrauen als eine Form der sozialen Verbindlichkeit gedacht werden kann, die nicht nur aus individuellen Akten besteht, sondern auf Grund von Strukturen und einer Kultur des Vertrauens die soziale Ordnung maßgeblich im Sinne der Friedfertigkeit und der Friedenswirksamkeit prägt, zweitens wie Prozesse der Vertrauensbildung gedacht werden können, die die Möglichkeit von Enttäuschungen einbeziehen und trotzdem als sozial verbindlich gelten.

Die methodischen Konturen des vorliegenden Projektes sollen durch zwei miteinander korrespondierende philosophische Traditionen gezeichnet werden. Auf der einen Seite soll eine Handlungs- und Kommunikationstheorie in Anknüpfung an Arendt und Habermas grundlegend für unser Vorgehen sein, auf der anderen Seite greifen wir auf eine elaborierte Form der Sozialphänomenologie zurück, wie sie zuletzt von Levinas und Waldenfels entwickelt wurde.

Eine dialog- und kommunikationsphilosophische Perspektive des Sozialen, die die Spezifizität von zwischenmenschlichen Beziehungen gegenüber Objektbeziehungen unterstreicht, gilt es besonders zu beachten. Als Erben einer langen philosophischen Tradition bekräftigen Arendt oder Habermas die enge Verbindung des politischen Handelns mit dem Sprechen (vgl. u.a. Arendt 1967, Habermas 1981). Diese Perspektiven sollen aufgegriffen und im Rahmen des Projektes entwickelt werden. Hinzutreten muss überdies eine Orientierung an einer ‚responsiven' Auffassung interindividueller Kommunikation, in der das Antwortgeben in Form von Sprache und Handlung von einem fremden Anspruch auszugehen hat, wie Waldenfels vorschlägt (vgl. Waldenfels 1994).

B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten

Die im Folgenden aufgelisteten Veröffentlichungen sind aus von der DSF geförderten Projekten hervorgegangen. Berücksichtigt sind alle Publikationen, die im Laufe des Jahres 2009 erschienen sind und von denen die Stiftung Kenntnis erhalten hat.

Friedensvölkerrecht und internationale Organisation des Friedens

Learning to Build Peace? The United Nations, Peacebuilding and Organizational Learning

Projektleiter: **Dr. Wolfgang Reinicke**, Global Policy Institute (GPPi), Berlin

- Benner, Thorsten/Mergenthaler, Stephan/Rotmann, Philipp: Internationale Bürokratien und Organisationslernen: Konturen einer Forschungsagenda. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 16 (2009), 2, S. 203-236.

Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen in westlichen Demokratien

Projektleiter: **Dr. Wolfgang Wagner**, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.

- Wagner, Wolfgang: Die parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen. Der Bundestag im internationalen Vergleich. In: Neue Fragen an den Rechtsstaat. Wie begegnen Politik, Recht und Exekutive aktuellen Friedensgefährdungen? Göttingen/Osnabrück: Vandenhoeck & Ruprecht unipress 2009, S. 169-177 (Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft Bd.16).

Gewalt- und Krisenprävention

Ethnopolitische Konflikte im nördlichen Schwarzmeergebiet: Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im postsowjetischen Raum

Projektleiter: **Prof. Dr. Stefan Troebst**, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Universität Leipzig

- Schorkowitz, Dittmar: Erinnerungskultur, Konfliktdynamik und Nationsbildung im nördlichen Schwarzmeergebiet. Halle/Saale 2009 (Max Planck Institute for Social Anthropology Working Paper No. 118).

Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung

Projektleiter: **PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder**, Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)

- Heinemann-Grüder, Andreas: Democratizing the European Union. With or without Popular Sovereignty? In: Ciprut, Jose (Ed.): Democratizations: Comparisons, Confrontations, and Contrasts. Cambridge, MA: MIT Press 2009, S. 119-144.

Religion und Bürgerkrieg: Zur Ambivalenz religiöser Faktoren im subsaharischen Afrika

Projektleiter: **Dr. Matthias Basedau**, Institut für Afrika-Studien, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg

- Körner, Peter/Vüllers, Johannes/Basedau, Matthias: Kriegsursache oder Friedensressource? Religion in afrikanischen Gewaltkonflikten.
  Giga-Focus Afrika Nr. 2/2009. <www.giga-hamburg.de/giga-focus>.
- Basedau, Matthias: Religion und Gewaltkonflikt im subsaharischen Afrika: Zur Rolle religiöser Faktoren in Benin und an der Côte d'Ivoire. In: Bussmann, Margit/Hasenclever, Andreas/Schneider, Gerald (Hrsg.): Identität, Institutionen und Ökonomie. Ursachen innenpolitischer Gewalt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 150-177 (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 43/2009).

Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland

Projektleiter: **Prof. Dr. Wolfgang Frindte**, Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich Schiller-Universität Jena

- Haußecker, Nicole: Zur Berichterstattung über Terrorismus, am Beispiel der Terroranschläge in Kenia 2002. In: Kilian, Björn (Hrsg.): Medien und Terrorismus. Wissenschaft und Sicherheit. Band 3. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2007, S. 139-154.

Tourism, Peace and Conflict. How far does self-interest carry?

Projektleiter: **Dr. Markus Raueiser**, Cologne Business School in Kooperation mit **Prof. Dr. Laurent Goetschel**, swisspeace, Bern

- Ulrike Joras: Motivating and Impeding Factors for Corporate Engagement in Peace. Exploring the case of the tourism industry. Bern 2009 (Swisspeace working paper Nr. 1/2009).
- Alluri, Rina. The Role of Tourism in Post-Conflict Peacebuilding in Rwanda. Bern 2009 (Swisspeace working paper Nr. 2/2009).

Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten

Staatsverfall als friedens- und entwicklungspolitische Herausforderung. Wie können Gewaltstrukturen transformiert und Governance-Ansätze gestärkt werden? Eine konzeptionelle Untersuchung mit empirisch-analytischer Anwendung auf Somalia und Afghanistan

Projektleiter: **Dr. Conrad Schetter**, Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Universität Bonn und **Prof. Dr. Tobias Debiel**, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen.

- Debiel, Tobias/Lambach, Daniel: How State-Building Strategies Miss Local Realities. In: Peace Review 21 (2009), 1, pp. 22-28.
- Debiel, Tobias/Glassner, Rainer/Schetter, Conrad/Terlinden, Ulf: Local State Building in Afghanistan and Somaliland. In: Peace Review 21 (2009), 1, pp.38-44.
- Schetter, Conrad/Glassner, Rainer: The Changing Face of Warlordism in Afghanistan. In: Ehrhart, Hans-Georg/Pentland, Charles (Eds): The Afghanistan Challenge. Hard Realities and Strategic Choices. Montreal: McGill-Queens University Press 2009, pp. 37-56.

Between Past and Future: An Assessment or the Transition from Conflict to Peace in Post-Genocide Rwanda

Projektleiter: **Prof. Dr. Lothar Brock**, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.

- Buckley-Zistel, Susanne: We are Pretending Peace: Local Memory and the Absence of Social Transformation and Reconciliation in Rwanda. In: Clark, Phil/Kaufman, Zachary (Eds): After Genocide: Transitional Justice, Post-conflict Reconstruction and Reconciliation in Rwanda and Beyond. New York: Columbia Press 2009, pp. 153-171.
  Verfügbar unter <www.aftergenocide.com/table-of-content.php>.

Der Anschlag von New York und der Krieg gegen Afghanistan in den Medien – Eine Analyse der geopolitischen Diskurse

Projektleiter: **Prof. Dr. Paul Reuber/Dr. Günter Wolkersdorfer**, Institut für Geographie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

- Reuber, Paul/Strüver, Anke: Diskursive Verräumlichung in deutschen Printmedien – das Beispiel Geopolitik nach 9/11. In: Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hrsg.): Mediengeographie: Theorie – Analyse – Diskussion. Bielefeld: Transcript 2009, S. 315-332.

Die De-/Konstruktion von Krieg in der internationalen ‚meinungsführenden' Presse: Der ‚Fall' Irak (2003)

Projektleiter: **Prof. Dr. Una Dirks**, Abteilung für englische Sprache und Kultur, Universität Hildesheim

- Dirks, Una: Der Irak-Konflikt in den Medien. Eine sprach-, politik- und kommunikationswissenschaftliche Analyse. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 2009.
- Dirks, Una: Wissenstransfers als Balanceakte eines professionellen Journalismus im Kontext des Irak-Konfliktes. In: Stenschke, Oliver/Wichter, Sigurd (Hrsg.): Wissenschaftstransfer und Diskurs. Frankfurt a. M. u.a.: Peter Lang 2009, S. 315-333.

Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone

Projektleiter: **Dr. Andreas Mehler**, Institut für Afrika-Studien, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg

- Mehler, Andreas: The Production of Insecurity by African Security Forces: Insights from Liberia and the Central African Republic. Hamburg 2009. (GIGA Working Paper No. 114).
- Mehler, Andreas: Hybrid Regimes and Oligopolies of Violence in Africa: Expectations on Security Provision "From Below". In: Fischer, Martina/Schmelzle, Beatrix (Hrsg.): Building Peace in the Absence of States: Challenging the Discourse on State Failure. Berlin 2009, pp. 57-66 (Berghof Handbook Dialogue Series 8). Verfügbar unter <www.berghof-handbook.net/uploads/download/dialogue8_failingstates_complete.pdf?LANG=e&id=269>.

Entschuldigung und Versöhnung in der internationalen Politik

Projektleiter: **Prof. Dr. Christopher Daase/Dr. Stefan Engert**, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.

- Engert, Stefan: Politische Schuld, moralische Außenpolitik? Deutschland, Namibia und der lange Schatten der kolonialen Vergangenheit. In: Harnisch, Sebastian/Maul, Hanns W./Schieder, Siegfried (Hrsg.): Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung. Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen. Frankfurt a. M.: Campus 2009, S. 277-303.
- Renner, Judith/Horelt, Michel-André: Denting a Heroic Picture. A Narrative Analysis of Collective Memory in Post-War Croatia. In: Perspectives. Review of International Affairs 16 (2008), 2, pp. 5-27.
- Renner, Judith: Forgiving, Healing, or Simply Forgetting? The Many Faces of "Reconciliation" in Political Transitions. Brussels 2008 (FEPS Working Papers 3/2008).

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Unbemannte bewaffnete Systeme – Trends, Gefahren und präventive Rüstungskontrolle

Projektleiter: **Prof. Dr. Dieter Suter**, Fakultät Physik, Technische Universität Dortmund

- Altmann, Jürgen: Preventive Arms Control for Uninhabited Military Vehicles. In: Rafael Capurro and Michael Nagenborg (Eds): Ethics and Robotics. Heidelberg: IOS Press/Aka GmbH 2009, S. 69-82.

Neue nicht tödliche Waffen – physikalische Analysen für vorbeugende Begrenzungen

Projektleiter: **Prof. Dr. Dieter Suter**, Fakultät Physik, Technische Universität Dortmund

- Altmann, Jürgen: Analysing Properties of the Active Denial System (ADS) 5th European Symposium on Non-Lethal Weapons. May 11-13, 2009. Hrsg. vom Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT), Ettlingen 2009.
- Altmann, Jürgen: Directed-Energy Weapons. In: Current Perspectives on Regulating Means of Warfare. Proceedings of the 8th Bruges Colloquium. No. 37 Special Edition 2008, pp. 135-142.

Präventive Rüstungskontrolle und Nanotechnologien

Projektleiter: **Prof. Dr. Dieter Suter**, Fakultät Physik, Technische Universität Dortmund

- Altmann, Jürgen: Das Beispiel der Nanotechnik – neue Militärtechnik und internationale Sicherheit. In: Wissenschaft und Frieden 26 (2008), 1, S. 44-47.
- Altmann, Jürgen: Nanotechnik: Die nächste RMA? In: Helmig, Jan/Schörnig Niklas (Hrsg.): Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert – Militärische und politische Dimensionen der aktuellen "Revolution in Military Affairs". Frankfurt/M./New York: Campus 2008, S. 125-145.
- Altmann, Jürgen: Military Nanotechnology: Ban the Most Dangerous Applications Preventively. In: Bennett-Woods, Deb (Ed.): Nanotechnology: Ethics and Society. Boca Rayton, FL: CRC Press 2008, pp. 142-144.
- Altmann, Jürgen: Military Uses of Nanotechnology – Too Much Complexity for International Security? In: Complexity 14 (2008), 1, pp. 62-70.
- Altmann, Jürgen: Militärische Nutzung der Nanotechnik – Gefahren, vorbeugende Begrenzungen und internationale Sicherheit. In: Busch, Roger J. (Hrsg.): Nano(bio)technologie im öffentlichen Diskurs. München: Utz 2008, S. 48-59.
- Altmann, Jürgen: Military Nanotechnology – New Issues for Ethical Assessment? In: Nano Magazine 2009/15, pp. 37-40.

- Altmann, Jürgen: Nanotechnik, Singularität und Transhumanismus – Herausforderungen für Wissenschaft und Moral. In: FIfF Kommunikation 2009/4, S. 17-22.
- Altmann, Jürgen: Military Uses of Nanotechnology and Nanoethics. In: Bassett, Deborah R., Wysocki, Amanda L. (Eds): Monograph 2009 Nanoethics Graduate Education Symposium. Seattle, WA: Center for Workforce Development, University of Washington, 2009, pp. 1-20. Verfügbar unter <http://depts.washington.edu/ntethics/symposium/Nanoethics%20Special%20Edition%20Monograph.pdf>.

Zwischen Kontrolle und Kooperation – Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Projektleiter: **Prof. Dr. Götz Neuneck**, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

- Horner, Daniel: OPCW Chooses New Director-General. In: Arms Control Today 39 (2009), 9, pp. 33-34.
- Horner, Daniel: Talks on Fuel Bank Stalled at IAEA. In: Arms Control Today 39 (2009), 8, pp. 24-26.
- Meier, Oliver: Race is On for New Head of OPCW. In: Arms Control Today 39 (2009), 7, pp. 31-32.
- Meier, Oliver: Irans umstrittenes Atomprogramm, Bundeszentrale für politische Bildung (Internet „Dossier Iran“), 3. Juli 2009, Verfügbar unter <www.bpb.de/themen/NUWUM4,0,Irans_umstrittenes_Atomprogramm.html>.
- Meier, Oliver: EU Nonproliferation Chief Sketches Transatlantic Agenda. In: Arms Control Today, 39 (2009), 3, p. 30.
- Meier, Oliver: BWC States Address Safety, Security Measures. In: Arms Control Today 39 (2009), 1, p. 29-30.
- Meier, Oliver: States Approve OPCW Budget, Not Report. In: Arms Control Today 39 (2009), 1, p. 28.
- Meier, Oliver: U.S., Russia Step Up Chemical Weapons Destruction. In: Arms Control Today 39 (2008), 10, p. 57.

XVII. Internationale Amaldi-Konferenz der Akademien der Wissenschaften und der Nationalen Wissenschaftlichen Gesellschaften über wissenschaftliche Fragen der globalen Sicherheit

Projektleiter: **Prof. Dr. Klaus Gottstein**, Max-Planck-Institut für Physik, München

- Gottstein, Klaus/Neuneck, Götz (Eds): Proceedings of the XVII International Amaldi Conference of Academies of Sciences and National Scientific Societies on Scientific Questions of Global Security, March 14-16, 2008, Hamburg 2009.

Intervention in Gewaltkonflikte

Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara

Projektleiter: **Dr. Michael Brzoska**, Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)

- Paes, Wolf-Christian: From Failure to Success: The Impact of Sanctions on Angola's Civil War. In: Brzoska, Michael/Lopez, Georg A. (Eds): Putting Teeth in the Tiger – Improving the Effectiveness of Arms Embargos. Bingley: Emerald 2009, S. 137-162.
- Faltas, Sami/Wenzel, Maraike: Tightening the Screws in West African Arms Embargos. In: Brzoska, Michael/Lopez, Georg A. (Eds): Putting Teeth in the Tiger – Improving the Effectiveness of Arms Embargos. Bingley: Emerald 2009, S. 101-136.

Parliamentary Control of the Armed Forces. A Comparative Study of Indonesia and Nigeria.

Projektleiter: **Prof. Dr. Jürgen Rüland**, Seminar für Wissenschaftliche Politik der Albert Ludwigs-Universität Freiburg i. Br., in Kooperation mit dem Centre for the Democratic Control of the Armed Forces (DCAF), Genf

- Rüland, Jürgen: Deepening ASEAN Cooperation through Democratization? The Indonesian legislature and foreign policymaking. In: International Relations of the Asia-Pacific 9 (2009), 3, S. 373-402.

Die Instrumentalisierung religiöser Symbole als virulentes Konfliktpotenzial. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des ‚Karikaturenstreits' auf interreligiöse Koexstistenz am Beispiel des Libanon

Projektleiter: **Prof. Dr. Heribert Weiland**, Arnold-Bergstraesser-Institut für Kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg i. Br.

- Baumann, Marcel/Fakhoury-Mühlbacher, Tamirace/Tramontini, Leslie: Prophetenbeleidigung? Die Muhammad-Karikaturen und die Aktualität des religiösen Konfliktpotenzials. Freiburg i. Br. 2009 (Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik 34/ 2009).

Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt

ProjektleiterInnen: **Dr. Margit Bussmann**, Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaften, Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald/**Prof. Dr. Andreas Hasenclever**, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen/**Prof. Dr. Gerald Schneider**, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Konstanz

- Bussmann, Margit/Hasenclever, Andreas/Schneider, Gerald (Hrsg.): Identität, Institutionen und Ökonomie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009 (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 43/2009).

Global Economic Cost of Conflict (GECC)

Projektleiter: **Prof. Dr. Tilman Brück**, Abteilung Weltwirtschaft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

- de Groot, Olaf J./Brück, Tilman/Bozzoli, Carlos: How many Bucks in a Bang: On the Estimation of the Economic Costs of Conflict. Berlin 2009 (DIW Discussion Paper No. 948). Verfügbar unter <www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.343319.de/dp948.pdf>.
- de Groot, Olaf: A Methodology for the Calculation of the Global Economic Costs of Conflict. Berlin 2009 (Project Paper No. 2). Verfügbar unter <www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.345864.de/degroot_gecc_project_paper.pdf>.

Nicht-staatliches Konfliktmanagement. Möglichkeiten und Grenzen von Nichtregierungsorganisationen im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren

Projektleiter: **Prof. Dr. Ulrich Schneckener**, Fachbereich 1, Universität Osnabrück

- Hofmann, Claudia: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan. In: Schmidt, Peter (Hrsg.): Das Internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen. Berlin 2008 (SWP Studie S 23), S. 49-55.
- Schneckener, Ulrich: Spoilers of Governance Actors? Engaging Armed Non State Groups in Areas of Limited Statehood. Berlin 2009 (SFB 700 Working Papers No. 21/2009).

Friedenspädagogik

Feldevaluation friedensbauender Bildungsprojekte
Projektleiter: **Prof. em. Dr. Volker Lenhart**, Institut für Bildungswissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

- Lenhart, Volker: Schulsysteme in extremen Spannungsfeldern. In: Blömeke, Sigrid u.a. (Hrsg.): Handbuch Schule. Theorie – Organisation – Entwicklung. Bad Heilbrunn: Klinkhard 2009, S. 186-190.

Folgende Publikationen sind über die DSF zu beziehen:

Forum DSF:

- Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten. Osnabrück 2004 (Heft 2).
- Deutsche Stiftung Friedensforschung: 2001 bis 2006/100 Jahre Friedensnobelpreis: Bertha von Suttner. Osnabrück 2006 (Heft 3).

Forschung DSF:

- Stephan Böckenförde: Die War Powers Resolution als ein mögliches Modell für ein Entsendegesetz/Parlamentsbeteiligungsgesetz. Osnabrück 2004 (Heft 1).
- Gerald Schneider/Margit Bussmann: Globalisierung und innenpolitische Stabilität: Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial. Osnabrück 2005 (Heft 2).
- Jürgen Altmann: Nanotechnology and Preventive Arms Control. Osnabrück 2005 (Heft 3).
- Lars Klein/Andreas Steinsieck: Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert: Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der akteurszentrierten Perspektive. Osnabrück 2005 (Heft 4).
- Linda Helfrich/Sabine Kurtenbach: Kolumbien – Wege aus der Gewalt. Zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte. Osnabrück 2006 (Heft 5).
- Götz Neuneck/André Rothkirch: Weltraumbewaffnung und Optionen für präventive Rüstungskontrolle. Osnabrück 2006 (Heft 6).
- Michael Brzoska/Wolf-Christian Paes: Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara. Osnabrück 2007 (Heft 7).
- Thorsten Stodiek/Wolfgang Zellner: The Creation of Multi-Ethnic Police Services in the Western Balkans: A Record of Mixed Success. Osnabrück 2007 (Heft 8).
- Thorsten Benner/Andrea Binder/Philipp Rotmann: Learning to Build Peace? United Nations Peacebuilding and Organizational Learning: Developing a Research Framework. Osnabrück 2007 (Heft 9).
- Bernd W. Kubbig: Missile Defence in the Post-ABM Treaty Era: The International State of the Art. Osnabrück 2007 (Heft 10).
- Jens Binder/Michael Diehl: Entscheidungen in multilateralen Konflikten. Osnabrück 2007 (Heft 11).
- Alexander Kelle/Kathryn Nixdorff/Malcolm Dando: A Paradigm Shift in the CBW Proliferation Problem: Devising Effective Restraint on the Evolving Biochemical Threat. Osnabrück 2008 (Heft 12).
- Sven Chojnacki: Wandel der Gewaltformen im internationalen System 1946-2006. Osnabrück 2008 (Heft 14).

- Susanne Buckley-Zistel: Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-genocide Rwanda. Osnabrück 2008 (Heft 15).
- Jürgen Altmann: Millimetre Waves, Lasers, Acoustics for Non-Lethal Weapons? Physics Analyses and Inferences. Osnabrück 2008 (Heft 16).
- Helmut Breitmeier: Globaler Klimawandel und Gewaltkonflikte. Osnabrück 2009 (Heft 17).
- Matthias Basedau/Peter Körner: Zur ambivalenten Rolle von Religion in afrikanischen Gewaltkonflikten. Osnabrück 2009 (Heft 18).
- Wolfgang Liebert/Matthias Englert/Christoph Pistner: Kernwaffenrelevante Materialien und Präventive Rüstungskontrolle: Uranfreie Brennstoffe zur Plutoniumbeseitigung und Spallationsneutronenquellen. Osnabrück 2009 (Heft 20).
- Andreas Heinemann-Grüder: Föderalismus als Konfliktregelung. Osnabrück 2009 (Heft 21).
- Matthias Dembinski/Andreas Hasenclever/Katja Freistein/Britta Weiffen/Makiko Yamauchi: Managing Rivalries – Regional Security Institutions and Democracy in Western Europe, South America, Southeast Asia and East Asia. Osnabrück 2009 (Heft 22).
- Andreas Mehler/Daniel Lambach/Judy Smith-Höhn: Legitimate Oligopolies of Violence in Post-conflict Societies with particular Focus on Liberia and Sierra Leone. Osnabrück 2010 (Heft 23).
- Sabine Kurtenbach/Oliver Hensengerth: Politische und gesellschaftliche Brüche nach dem Krieg: Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala. Osnabrück 2010 (Heft 25).

Jahresberichte DSF:

- Jahresberichte 2001-2009.

Arbeitspapiere DSF:

- Die Rolle von Religionen in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen. Osnabrück 2007 (Heft 2).
- Grundprobleme der Konfliktbeteiligung und Friedenkonsolidierung mit besonderer Berücksichtigung der Konfliktherde auf dem afrikanischen Kontinent. Osnabrück 2007 (Heft 3).
- Wie lässt sich die globale Aufrüstungsdynamik umkehren? Handlungsoptionen für eine friedenssicherne Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. Osnabrück 2009 (Heft 4).
- Erhöhte menschenrechtliche Anforderungen an multilaterale Friedensmissionen? – „Menschliche Sicherheit“ als Herausforderung für die internationale Friedenspolitik. Fachgespräch mit dem „Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik“ und der „Arbeitsgruppe Wehrpolitik“ der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag am 15. Januar 2009 in München. Osnabrück 2010 (Heft 5).